

Der H Heimatdienst

F RANKFURT A. O.

Das alte Rathaus / Turm der
Marienkirche / Eingang zur Marien-
kirche / Die Hindenburgschule /
Siedlungsbauten



Staat und Wirtschaft.

Von Ministerpräsident Dr. Otto Braun.

Alles menschliche Schaffen und nicht zuletzt die Arbeit des Politikers wie des Wirtschaftlers hat zur Voraussetzung einen gewissen Optimismus. Wo diese Grundstimmung nicht gegeben ist, fehlt die lebte und starke innere Kraft der Konstruktion, Arbeit.

So lädt Optimismus enttäuscht letzten Endes auch den nicht, der sich unter den heutigen Verhältnissen Rechenschaft gibt von dem, was bisher in und für Deutschland erreicht worden ist. Nur in einer Generation, für die scheinbar die Schrecken der Inflationszeit und der Aufruhrbewegung, die damals höchst akute Gefahr des politischen Auseinanderschlusses des Reiches und des Deutschen Reiches im Kleinstlande, schon in weite Ferne des Vergessens gerückt ist, können Menschen und politische Gruppen aufstehen, die sich mit staunenregernder Unbekleidbarkeit und Hartnäckigkeit gegenüber allen Erfahrungen unserer jüngsten Geschichte gegen die sogenannten Erfüllungspolitik wenden. Gegen eine Politik also, mit der Deutschlands soziale Einheit gewahrt geblieben ist und seinem wirtschaftlichen Wiederaufbau, die Weg geworden sind nur — einem Wiederaufbau, an den heute vor 11 Jahren oder auch nur vor 6 Jahren niemand geglaubt hätte. Optimismus im hier gemeinten Sinne heißt eben nicht, durch eine rosaartige Brille sehen, heißt vielmehr, die Erkenntnis von dem einzigen Richtigen und Möglichen mit dem Mut zum konsequenteren Handeln und auch mit dem nicht geringeren Mut zur zeitgleichen Unpopulärität haben.

Aber auch in anderer Hinsicht erwacht sich ein Optimismus, der daran glaubt, daß die Geschichte der Menschheit zwar oft in Kurven, aber doch schließlich in aufwärtssteigender Linie verläuft, als begründet.

Gegen alle früheren Staatsorganisationen bedeutet der heutige demokratische Volksstaat einen impostant erscheinenden Fortschritt der Menschheitsgeschichte. Man denkt etwa — ich kann hier nur mit Stichworten andeuten — an das Sparta der klassisch-dilettantischen Zeit, in dem es zuwenden vorkam, daß zweihundert Heloten, also Arme, Bettellose, Lebendige, einfach totgeschlagen wurden, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande schlecht waren und man Eher los werden wollte, arme Hörige, die nicht als Menschen galten, denen der Staat Schutz zu verleihen hatte, sondern als Beute, dessen sich der Eigentümer jederzeit auf die beste und billigste Weise entledigen konnte. Oder man erinnert sich, Jahrhunderte überpringend, an die unfreien Zeiten des deutschen und europäischen Mittelalters, das den Staat nur als brutalen Steuerentzieher, Kriegsherrn und plündernden Eroberer kannte, weiter an die Zeit deutscher Herrschaftszeit noch vor 150 Jahren, wo Laien unter Landeskinderen vom Landesstaat, der mit dem Staat sich identifizierte, Gemünes halber aus ausländischen Staaten verkauft wurden. Mit solchen Geschichtsfachkenntnissen vergleiche man den Staat unserer Weimarer Verfassung, daß alle Staatsgewalt zum Volke ausgingen habe, und man wird zugestehen, daß zwischen damals und heute sich ein imposanter Stil Menschheitsgeschichte und Menschheitsentwicklung vollzogen hat.

Der heutige Volksstaat will nicht einem kleinen Kreis von Personen das Recht unbedenklicher Machtfälle geben, sondern er hat die Aufgabe, die Gesamtinteressen des innerhalb seines Grenzen wohnenden Volkes wahrzunehmen. Er fühlt sich verantwortlich für alles Geschehen in ihm, um sie als seine Aufgabe zu sehen, die schwachen zu schützen, die Besiegten aller Schichten sich entwideln zu lassen, das Gesamtinteresse der Bevölkerung an Gesundheit, Bildung, Wohlstand und menschlicher Gestaltung zu erhöhen, die Lebensbedingungen in jeder Hinsicht zu verbessern und diejenigen in ihre Schranken zu rücksuwelen, die sich aus sozialer Gewinnung und Gewöhnung mit dem Gedanken an ein Gemeinwohl, dem sich jeder zu bewegen habe, nicht befreunden können. Der Wirtschaft als Gesamtheit gegenüber heißt das logisch, daß der Staat Vorkehrungen treffen muß, um zu verhindern, daß das Gleichgewicht im Volke durch das zu starke Überwiegen privatwirtschaftlicher Machtgruppen dieser oder jener Art gefordert und das Gesamtwohl dadurch beeinträchtigt werde. Daraus aber folgt keineswegs, daß nun Staat und Wirtschaft notwendig Gegenläufe sein müssen, und daß für die Wirtschaft eine Oppositionsrolle gegen den modernen demokratischen Staat mit dessen weitem Aufgabenkreis und dessen aktiver Einführung in Wirtschaftsfragen die logische Konsequenz sein müsse. Im Gegenteil: eine richtig verstandene und geleistete Wirtschaft kann nur einen Zielsetzung haben, nämlich die: der Gesamtheit zu dienen. Einmal aus allgemeiner Wirtschaftsmoral heraus und zweitens aus Klugheit und aus der Erkenntnis, daß eine prosperierende Wirtschaft nur in einem geordneten Staatswesen und auf der Basis einer wirtschaftlich gefundenen, kaufmännischen Gesamtheit des Volkes möglich ist. Wirtschaft im rechten Sinne des Wortes will ja nichts anderes sein als die Bedürfnisversorgung des Menschen. Und nur wenn sie zum Selbstzweck, zum blindwütigen überhöhten Produzieren des Machtbedürfnisses

und der Herrschaftslust einzelner Gruppen und mächtiger Männer dienen will, wird sie aus einem Segenspender zum Unheil, das sich gegen das eigene Volk fehrt. Hier wäre auf ein Wort von Walter Rathenau zu verzweigen: „Wer am persönlichen Geldgewinn hängt, kann kein großer Geschäftsmann sein.“

Der Typ des „Aurgoldoedlers“ und des Unternehmers, der mit harter Einseitigkeit sein Unternehmen für den Mittelpunkt des Geschehens hält und mit unverhönlicher Feindlichkeit all dem gegenüber steht, was vom Standpunkt der Gesamtheit und des Gemeinwohls ihm gegenüber geltend gemacht wird, ist verhängnisvoll für die Wirtschaftsstadt. Ein idealer Typ des Unternehmers gehört eben heute nicht nur die Gabe des Schöpferischen und der engen persönlichen Verkettung mit seinem wirtschaftlichen Lebensweg, sondern auch Einsicht in die Dinge um ihn herum in dem Maße, daß er allgemeine Interessen und das Recht des Staates auf symmetrische Vertretung dieser Gesamtinteressen anerkennt. Er muß sich damit abfinden, daß der Volksstaat von deute, der sich nicht auf Bonnette führen und Gewalttherapie üben, sondern das Vertrauen des Volkes in weitreichendem Maße erringen will, sich nicht mehr in die diebstahlhafte „Nachtwächterrolle“ des manchmal kleinen Staates zurückholen läßt. Der Volksstaat darf die Dinge nicht laufen lassen, sondern muß sie, seine Führung und seiner Verantwortung für das Gemeinwohl bewusst, von hoher Interessenwarte aus regeln. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß der moderne Staat in die Wirtschaft eingreifen will, um sie etwa seine Macht zu lassen oder um sie Hindernisse in den Weg zu legen. Der Hinweis auf den Zweck des Staates als Förderer der Gesamtheit, zu der ja auch die Wirtschaft gehört, und die Erkenntnis von der überaus großen Komplexität der modernen Wirtschaft mit ihren, durch groben und willkürlichen Eingriff nur zu leicht zerstörten, aber schwer wiederherstellbaren feinen Maschen verbietet eine solche unverständige Auffassung von selbst. Wichtig ist nur die Frage, mit welchen Mitteln der Staat die Rolle der Wirtschaft im Gesamtbeispiel des Volkes regulieren will. Ob durch das schwere Geschäft der Gesetze und Verordnungen, oder durch die geschickte Arbeit des Verbands und der Einwirkung, oder endlich durch Beeinflussung der Preis- und Produktionspolitik mittels eigener wirtschaftlicher Be-tätigung.

Das Recht zur Produktion hat man dem Staat des österreichen britischen und meines Erachtens mit gutem Grund dort, wo die staatliche Verwaltung der ganzen Natur des Wirtschaftsgebiets nach sich als ungeeignet, weil zu teuer und zu umständlich arbeitend erweist, und weil sonst nicht mit dem geringsten Aufwand der denkbaren größte Nutzenfaktor für die Gesamtheit des Volkes herausgeholt wird. In einer großen Anzahl anderer Fälle, z. B. bei der Elektrizitätsproduktion des Preußischen Staates, wird man den einmal bestimmten Weg unbedingt weitergehen müssen, weil es zu den wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik unseres Staates gehört, durch das Mittel der staatlichen Elektrizitätsproduktion nachdrücklich dazu zu wirken, daß den Konsumenten die elektrische Kraft nicht verzerrt wird, und daß die Versorgung mit Licht und Kraft niemals in einer Weise vertrüsst und monopolisiert werden kann, daß daraus Gefahren und Nachteile für die Allgemeinheit erwachsen. Gerade Vertreter des richtig verstandenen Gedankens einer freien Wirtschaft, also einer Wirtschaft, die nicht durch übermäßige Privatmonopole die Freiheit tatsächlich genommen wird, sollten es definitiv in das wirtschaftliche Geschehen eingelegt.

Aufgabe des Staates ist es, durch Überwachung der Wirtschaftspolitik, auf die er keineswegs verzichten kann, darauf hinzuwirken, daß man sich der Gesamtinteressen nicht nur in schwierigen Zeiten erinnern soll, sondern gerade dann, wenn man im Volleß seiner Kräfte und damit seiner wirtschaftspolitischen Dispositionsfähigkeit ist. Der Staat ist nicht lediglich zum Sanieren, sondern zum Regieren, zum Leiten, Ordnen und Führen da. Er läßt sich nicht lediglich als Retter in der Not heranholen, wenn irgendein Zusammenbruch droht, und füch nachher wieder in die Ecke stossen, als der Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat, von dem man sich im übrigen ein Hinnehmen verbietet, und gegenüber dessen Lebensfragen politischer und staatsbürglerlicher Art man läßt bis ans Herz hinken, und oft sogar davon feindlich steht. Das Mindeste, was der Staat, der den wirtschaftsfreien fordern kann, die von ihm verlangen, darf er die Not auch als Volksnot anerkennen, ist, daß auch sie ihrerlets sich positiv zum Staate entstellen und sich ihrem Pflichten gegen die Gesamtheit in dieser schweren und immer noch krisenreichen Aufbauphase nicht entziehen. Andererseits kann es dem Staat, der die Steuerherrscher des ganzen Volkes zu verwöhnen hat, nicht zugemutet werden, diese ihm anvertrauten Gelder für Sanierungen zu verwenden, aus denen nicht einmal Anerkennung, Dankbarkeit und Treue für den Staat des Volkes erwächst.

Besonders bestige Vorwürfe gegen den Staat werden des öfteren mit der Steuerlast, die er auferlegen muss, verbunden. Man verkennt hier zu oft, doch in solchem Gegenstand zwischen Wirtschaft und Staat ein gewisse Tugst liegt. Der Staat zieht den Hauptteil seiner Einnahmen aus den direkten und indirekten Steuern, da er ja allein aus Zöllen und ähnlichen Abgaben nicht so viel erhält, um damit seine Aufgaben zu können. Er mag die Wirtschaft und alle Kreise des Volkes zu Steuern heranziehen. In guten Zeiten, wo verdienten, sind diese Steuern der Wirtschaft erträglich. In schlechten Zeiten aber, wo der Staat gern der Wirtschaft in ihrem Erfolgskampf helfen möchte und auch in verstärktem Maße darum angegangen wird, kann er ihr in der Steuerbelastung nicht souvoll entgegenkommen, wie er will, weil eben gerade in Krisenzeiten außerordentlich hart vermehrte Anforderungen und Hilferufe aus allen Poststellen an den Staat herankommen, so dass er sein Budget nicht, wie er gern möchte, finanziell ermäßigen kann, sondern in voller Höhe der guten Einnommensläste zwangsläufig aufrechterhalten, wenn nicht gar erhöhen muss. Man fragt dann über ihn in der Wirtschaft als hartnäckig und unverständig, ohne immer gerecht zu würdigen, dass der Staat hier vor einer Zwangssituation steht, die er selbst nicht beeinflusst hat, sondern als deren Urheber große volkswirtschaftliche Krisen oder gar weltwirtschaftliche Konjunkturzusammenhänge, die sich naturngässig auch in der Staatsfinanzwirtschaft auswirken, anerkannt werden müssen. In guten Jahren aber wiederum kann der Staat eine Reserve zum Ausgleich für Krisenzeiten nicht annehmen, weil man ihn sonst aus der Wirtschaft heraus mit Recht vorwerfen würde, dass er konsaurierte und dadurch die Arbeit der Wirtschaft und Kapitalbildung fördert.

Häufig wird gegen den Staat vorgebracht, dass er die Sozialpolitik zu weit treibe, und dass er die Fürsorge für die Arbeiter und Angestellten überspanne. Auch die findet tiefer Einsicht schnell den richtigen Weg. Die Wirtschaftsmöglichkeiten Deutschlands bauen sich nicht allein auf seinen fachtechnischen technischen Einrichtungen und auf seinen Rohstoffen und Bodenschätzen auf, aus deren Reservoir noch dazu der Krieg mit seinen Verlusten an Land einen großen und wertvollen Teil herausgebrochen hat. Sie beruhen auch nicht nur auf den mildeßmangelnden angeschliffenen internationalen Verbindungen und dem Zufluss fremden Kapitals. Ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschaftschancen beruht vielmehr auf dem großen Vorrat aus ausgebildeter, gelehrter Facharbeiter, die gerade im industriellen Deutschland eine, wohl durch kein anderes Land übertrifftene Erziehung zur Qualitätsarbeit genossen haben.

Diese Arbeitsschafft leistungsfähig zu erhalten, ist ein Gebot der Klugheit und des Selbstbehauptung der Industrie. Und ebenso ist es, vom Staate aus gesehen, ein Gebot der elementaren Staatsmoral, dafür einzutreten, dass diese Arbeiterschaft durch anständige Bezahlung auch ihren Anteil an den Werten erhalten, die sie schaffen helfen. Der Staat muss weiter dafür sorgen, dass durch eine, den Anschauungen des modernen Volksstaates entsprechende Sozialpolitik diese Männer und Frauen der Arbeit mit ihren Kindern vor bitterer Not geschützt sind, wenn zeitweilige Arbeitslosigkeit sie auf die Straße legt, und dass das Gefüsen des Hungers und der schwersten Schande von ihrer Schwelle gebannt wird, wenn der Körper einmal versorgt und Hand und Auge nicht mehr den schweren Dienst unter Tag im Bergbauch oder an der Fabrikmaschine und an den anderen Sätzen der Arbeit verrichten können.

Jeder Unternehmer weiß, was es für eine Fabrik bedeutet, die eine Zeitlang stillgelegt werden müsste, und deren altsgelehrter Arbeitersammel abgewandert ist und nicht wieder zurückgeführt werden kann. Hinlänglich bekannt ist, was Länder, wie beispiels-

wweise die Schweiz und in den letzten Jahrzehnten auch der industrielle italienische Norden, erreicht haben, Länder, die keine Kohle und andere elementar wichtigen Rohstoffe besitzen und die allein durch die Heranbildung einer guten Arbeiterschaft zur sein durchgebildeten Qualitätsarbeit dieses Manos ausgeglichen und sich Absatzmärkte erobert haben. Wer das weiß und welcher Wirtschaftsteller kennt diese Dinge, die für ihn Binsenwahrheiten sind, nicht! — und trotzdem sich nicht dazu verstellen will, die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft anzuerkennen, treibt eine außerordentlich furzige Politik, die sich bitter an der gesamten Wirtschaft rächen mögte, wenn sie nach den Winden jener Kreise Wirklichkeit würde, und wenn nicht immer wieder der Staat dagegenstreitet, und im Allgemeineinteresse das Alveum unserer Tarif- und Sozialpolitik auf dem Stande halten würde, der uns allein die Erhaltung einer intelligenten, geschulten und leistungsfähigen Arbeiterschaft gewährleistet.

Niemand wird behaupten können, dass die Gewerkschaften in der Vertretung der Arbeitersinteressen frivol oder leichtsinnig vorgehen, indem sie überparteiische Forderungen ausspielen und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft leichtsinnig oder bewusst außer Acht lassen. Im Gegenteil: die deutsche Wirtschaft darf froh darüber sein, dass sie in den Gewerkschaften einen disziplinierten und wirtschaftswissenschaftlich keineswegs ungeschulten Kontrahenten besitzt, mit dem man ernsthaft und vertrauensvoll verhandeln kann. Und die wirklich verantwortungsbewusste Führung der Industrie werden im eigenen Interesse der Wirtschaft alles aufstellen, um diesen Kontrahenten das Verhandeln für möglichst große Arbeiterschaften zu erleichtern. Gewerkschaftsfreundliche Arbeitgeber treiben die Arbeiterschaften ins Lager der Kommunisten.

Staat und Wirtschaft sind aufeinander angewiesen. Stabile Verhältnisse, die Ruhe und Sicherheit im Innern schaffen und gleichermassen auch als Kreditgeber oder Warenabnehmer aufstrebend Ausland mit Vertrauen erfüllen, sind ebenso wie die Sauberkeit und Zuverlässigkeit des ganzen Staatsapparates, die das Ziel all unserer Verwaltungsbereit ist, unerlässliche Voraussetzung für die Arbeit der Wirtschaft. Auf des anderen Seite ist eine allgemeine Wohlfahrt und sind geordnete Staatsfinanzen nicht denkbar ohne die Grundlage einer gut durchorganisierten, rationell arbeitenden, in allen ihren Einzelheiten flüssig geleiteten Wirtschaft.

Staat und Wirtschaft müssen in der Erkenntnis ihrer wechselseitigen Verbundenheit neutralesvoll hand in Hand arbeiten. Große Teile der Wirtschaft haben sich denn auch zu dem Gedanken durchgerungen, dass der Staat mit seinem Nutzen aus Aufsicht und dem Vorbehalt der Möglichkeit von Eingriffen seine Bevormundung erstickt und seine Söhnen plant, dass die leitenden Kreise des Volksstaates von heute durchaus den Wert der schöpfernden intellektuellen Kräfte in der Wirtschaft und ihre Bedeutung für den Staat richtig zu würdigen wissen, und dass die Auflösung des Staates über die Wirtschaft nur um der großen Gefährdungen des ganzen Volkes willen erfreut wird und gehandhabt werden soll.

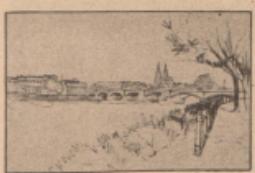
Nichts braucht die deutsche Wirtschaft mehr als einen Volkskörper, der von Kriegen, schweren wirtschaftlichen Kämpfen und zwecklosen wirtschaftlichen und politischen Experimenten verschont. Daher braucht die Wirtschaft auch einen starken Staat, der die Macht hat und gewillt ist, zur Förderung des Gemeinwohls sie vor Störungen und Schädigungen zu bewahren, indem er das politische Defparaduum von rechts und links, das mit seinem wilden Treiben die deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen lässt, mit fester Faust niederbält und in absehbarer Zeit zum Verschwinden bringt.

(Wir werden die Behandlung des Themas im „Heimatdienst“ fortführen. Die Schriftleitung.)

Eine kommunale Musterleistung / Von Robert Breuer.

Es handelt sich nicht darum, neue Straßen anzulegen, Plätze einzuprägen, Häuser zu bauen und Grünflächen zu gliedern; es handelt sich um den neuen Menschen, um ein neues Menschenbild, um den neuen Deutschen. Nichts anderes darf das Programm einer weisen und gültigen Kommunalverwaltung sein. Selten sieht man es so erfüllt oder zum mindesten so angestrebt, wie in Frankfurt, dem Kleinernen, das an der Oder liegt. Durch das Schlossel des Krieges liegt es wenig entfernt von der Grenze gegen Polen; beinahe schon Grenzmark, empfängt es durch solche Lagerung die Aufgabe einer Spartenleistung deutscher Kultur. Und es hat diese Aufgabe erfüllt, obgleich es als die Kosten zu tragen bekom, die ihm automatisch zufließen, als der grausame Riss des Friedensvertrages hundertjährige Wirtschaftsbeziehungen, erprobte Tradition und

lebendige Gemeinschaften vernichtet. — Die Schwierigkeiten des ersten Jahrzehnts solches Neubaus häutiges Seins waren erheblich. Einer ungewöhnlichen Zuwanderung musste Raum und Oddach geschaffen werden, Mittel waren bereitzustellen und ausreichende Finanzierungen vorzunehmen, während zugleich gewinnbringende Produktionen einschließen, die Wege nach dem erprobten Hinterlande zerreißen und dies Hinterland selbst die Wirtschaftsgrundgesetzlichkeit wechseln. Frankfurt a. d. Oder ist aus dem Kreislauf der Industrie und des Warenaustausches hervor herausgerückt worden, und seine Strom fließt ihm nicht die durch Generationen erprobte Treue. Die Nähe Berlins bewahrt sich hier und da als antriebender Motor, aber sie wirkt auch Schatten. So bleibt der ehemalige Stadt der Hanse und der Märkte wenig Hoffnung, von heute zu morgen wieder ein ergiebiger Umschlagsplatz, wieder eine Zentralstelle des Handels und des Verkehrs zu werden. Sie hat aus solcher Not eine Tugend gemacht. Selbstverständlichkeit, dass sie nicht verfließt, alles Notwendige zu tun, um sich eine neue Wirtschaftsbasis, neue Produktion, neue Abholgebiete, neue Beziehungen zu schaffen. Nicht minder selbstverständlich, dass sie der Notdurft ihrer



Wid über die Oder auf Frankfurt

einer weisen und gültigen Kommunalverwaltung sein. Selten sieht man es so erfüllt oder zum mindesten so angestrebt, wie in Frankfurt, dem Kleinernen, das an der Oder liegt. Durch das Schlossel des Krieges liegt es wenig entfernt von der Grenze gegen Polen; beinahe schon Grenzmark, empfängt es durch solche Lagerung die Aufgabe einer Spartenleistung deutscher Kultur. Und es hat diese Aufgabe erfüllt, obgleich es als die Kosten zu tragen bekom, die ihm automatisch zufließen, als der grausame Riss des Friedensvertrages hundertjährige Wirtschaftsbeziehungen, erprobte Tradition und

alten und neuen Bürger gerecht werden wollte; sie baute ausgedehnte Siedlungen und stellte sie mit gutem städtebaulichen Gefühl in eine Landschaft, die gläubigerweise Abwechslung und doch Geschlossenheit genug bietet, um im Rahmen eines bewegten Horizontes wohlgegliederte Gruppen, zugleich Sammlung und Ausblüte zu gestalten. Überflüssig zu betonen, daß diese Hausergruppen alles



Verschiedene Typen Frankfurter Siedlungshäuser

bieten, was der berechtigte Anspruch fordert. Auch für das grüne Leben der Stadt, im Innern wie an der Peripherie, hat Frankfurt vorsätzlich gesorgt; hier dem Stadion, dessen gewaltigem Oval ein Schwimmbecken eingeschlossen ist, und in den dazugehörigen Spiel- und Sportplätzen, schuf diese müsige Stadt nicht nur eine überragende Anlage moderner Gymnastik, sondern darüber hinaus ein Symbol des neuen Menschen. Dieser neue Mensch, der freie und selbständige, der gesunde, der demokratische und der soziale, wurde der Grundgedanke der eigentlichen Leistung Frankfurts: eine geistige Grenzmarktpolitik ersten Ranges.

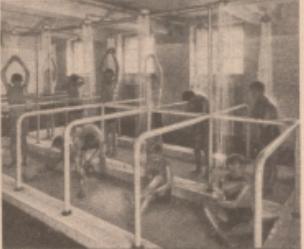
Frankfurt will dem Menschen gute Qualität wohnlicher Stätten bereiten, der Jugend und den Erwachsenen. Hier ist neben den Bürgermeistern, dem Dr. Kinnre und dem Dr. Baldenhoff, dem Stadtkonsulenten Dr. Kreßmann zu nennen. Ein vorzüglicher Mann, wurzeln in den Erfahrungen neuer Erziehung, aber eigentlich fruchtbar durch seine Persönlichkeit und

durch die Energien, die aus ihm herausstoßen und nicht Ruhe finden, bis das Ziel erreicht ist. Eines seiner schönsten Werke ist die Hindenburgschule. Ein glitzerndes Haus, gebaut aus Sauberkeit und Backstein, nicht düstere Unterkunft für kleine Proletarier, vielmehr ein lebendiges Instrument des Menschheitsbildens. Der Baumeister sei gelobt, aber er selbst wird es am wenigsten leugnen, daß der Stadtschulrat an diesem Volkshaus mitgebaut hat. An diesem Haus eines neuen Volkes, dem der Lehrer nicht mehr die erste peinliche Bekanntschaft mit der Obrigkeit ist, vielmehr ein entschlossener Führer zur Volkgemeinschaft. Alles in diesem Jungvolkshaus ist heiter, aber nichts ist spielerisch. Hier sollen gerade Menschen waschen, ein Geschlecht gesicherte Zukunft.

Nicht zur Bedürfnislosigkeit, sondern zum berechtigten Anspruch sollen diese Knaben und Mädchen geführt werden. In solchem Geiste geaderter Lebensfreude verwaltet die Stadt Frankfurt ihr Erziehungsamt, pflegt sie der Minderbedarfigen in

der Hilfsschule, wagt sie in Verfuchsklassen kühne Experimente und genügt so dem neuen Bildungsideal, wie es der preußische Kultusminister Dr. Böfer fixiert hat: "Die heutige Volksschule soll nach den Normen einer wissenschaftlich begründeten Pädagogik systematisch alle im Kind liegenden Fähigkeiten fördern, so entwickele, daß es erwachsenen, die seiner Anlage entsprechende Stelle in der Gesellschaft ausfüllen imstande ist, sie sollen nicht nur neuen Intellekt schulen, sondern auch seine religiöse oder künstlerische oder technische Anlage und in voller Harmonie damit seine körperlichen Kräfte entfalten". Der schöpfenden Erziehung zur neuen Volkgemeinschaft dient auch das beglückende Jugendheim, das Frankfurt in Lügau, auf der Höhe eines beherrschenden Hügels, am Eingang zur Stille einer verzauberten Landschaft aus Seen und Wäldern, gebaut hat.

Solche Errichtung berechtigt Frankfurt zur Heimat des Musikkreises und der pädagogischen Akademie. Das Musikkreis ist schon fertig geworden: eine weitläufige Abteilung für die musizierende Seele der Volksschullehrer, der Organisten und der Pfarrer, aber auch sonst all dezer, die im Singen den Menschen zur Tat befreien wollen. Die Pädagogische Akademie ist vorbereitet, sie wird dreihundert Studierende versammeln, wird für die Kaufmänner der Stadt eine Einnahme bedeuten, wird den Sinn dieser vorbildlichen Kommunalpolitik entfesseln: den neuen Menschen.



Die Hauptstadt der mittleren Ostmark.

Von Dr. F. Simon, Dipl.-Hdl., Frankfurt (Oder).

Das alte Preußenvorde mußte eins alsfurt- und Brüderstadt an der Oder dort entstehen, wo auf weittem Umkreis zwei Plateaus als Brüderhügel die verjungte Niederung am fünften einengten. Da fügte hier eine große Zahl alter Handelsstrassen zwecks Überquerung des Flusses vereinigte, konnte sich mit Hilfe des Wasserzolls, der Stapel- und Niederlagsrechte der erk 1235 urkundlich zur Stadt erhobene Ort zur stolzen Hansestadt entwickeln und sich bald sterker fühlen als die beiden anderen bedeut-

samen Oderhäfen, Stettin und Breslau. Doch als es allmählich die mittelalterlichen Vorrechte einbüßte und der Handelsverkehr nach der Entdeckung Amerikas dem Zug nach dem Westen folgte — der Friedrich-Wilhelm-Kanal schuf 1669 die Verbindung Breslau-Hamburg —, gelang es infolge der überaus günstigen Lage dem ehemalig „Haupt- und Handelsstadt“ genannten Ort, sich mit Hilfe der Landstraßen nach ersten östlichen und internationalen Meppeln auszubauen und als solcher eine

Aus der Hindenburg-Schule, Brauereibad, Mährische Werkstatt, Seilerei, Speisezimmer neben der Schulküche

wirtschaftliche Vermittler- und Brückensellung im Austausch zwischen west- und ostpreußischen Handelswaren zu erobern. Langzeit übertraf die Doppelstadt Berlin-Stettin an Reichtum und Bedeutung und konnte sich die einzige fünfgeschiffige Kirche der Mark erheben. Durch kriegerische und politische Ereignisse sowie Wandlungen in Wirtschaft und Verkehr musste es den Ruhm der Weihstadt allmählich und etwa 1840 endgültig an Leipzig abtreten, das es vorher weit übertroffen hatte. Erst später erwarb es den Anschluß an wichtige Eisenbahnverbindungen, so daß sich aber eines Tages nach Ausbau des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin (im Laufe des alten Pinnowkanals) im stillen Winde zwischen den wichtigsten ostdeutschen Waffenstraßen, die den modernen Hauptverkehr von Stettin nach Berlin und von Hamburg über Berlin nach Oberschlesien lenken.

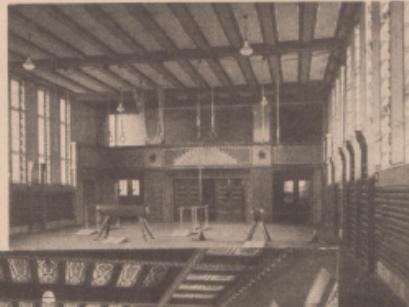
Wie in Handel und Verkehr, so war Frankfurt (Oder) auch frühzeitig der geplante Hafen für im deutschen Koloniallande geworden: Es beherbergte 300 Jahre lang, von 1506 bis 1811, die erste und lange Zeit einzige brandenburgische Hochschule, die sich „von der 9. Stelle unter 12 zur 3. unter 19 Universitäten“ aufgeschwungen hatte. Mit Hilfe der austrahrenden Handelswege konnte sie die Gedankenbrüder schlagen vom binnendeutschen Geiste – leben zu den verdeckten Westgebieten des sterbenden polnischen Saitzes.

Wenn Frankfurt auch niemals direkt Grenzstadt war, so wurde doch stets seine wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung durch die Nähe zur Grenze entscheidend beeinflußt. Als diese ostwärts zur Prosa vorgeschoben, die Universität nach Breslau verlegt und eine neue in Berlin errichtet wurde (1811), trat Frankfurt – in höherer Grade Binnenstadt als vorher – in den Schatten der allzu nahen, zunächst preußischen, späteren Reichshauptstadt, die den Verkehr, wirtschaftliches und kulturelles Leben der Provinz übermäßig an sich zog und die alte Oberstadt mehr und mehr überstrich. Die wachsenden west- und mitteldeutschen Industriegebiete zogen gleich Berlin als Aufnahmestand und zahlungsfähigere Märkte tüchtige Facharbeiter zu scheinbar höheren Löhnen in die Großstadt und verdrängten Frankfurts Wirtschaft von manchem Abhängigkeit. Infolge dieser Verkürzung ihrer Tätigkeit nach Westen mußte die Oberstadt ihr Gesicht stärker nach Osten wenden und sich dort neue Abnahmärkte erschaffen.

Da kam der Weltkrieg. – Der sinnlose „Friedensertrag“, der die großen Agrarprovinzen Westpreußen und Posen zum allergrößten Teil dem deutschen Vaterland entzog, schoß die Grenzlinie so weit westwärts vor, daß sie nur 50 km von Frankfurt und 165 km von Berlin entfernt liegt. Durch diese gewaltige Einbuchtung entstand eine deutliche Dreiteilung der ostdeutschen Grenzländer, deren nördlicher und südlicher Flügel in Königsberg und Breslau ihre Verwaltung und Mehrheit der nationalen Käfer besaßen. In dem dazwischenliegenden Gebiet, der „Mittleren Ostsämt.“, konnte sich nur der zentrale und bedeutendste Ort zum Verkehrs-, Verwaltungs- und Kulturmittelpunkt aufschwingen, der zugleich fähig war, die Bedeutung der verlorenen Städte Posen und Bromberg zu übernehmen. So wurde die alte Haupt- und Handelsstadt zugleich zum

Vorort der Mittleren Ostsämt.

Nun ist jede Stadt – gebünd und nehmend – auf engste mit ihrem Hinterland verbunden: dasjenige Frankfurts ist entweder verloren oder hat seine Kaufkraft eingebüßt. Nicht nur, daß die vorangegangene Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, in drei Teile zerlegt, zu



Hindenburg-Schule; Turnhalle und großer Saal

innerhalb der 50 bis 40-km-Zone liegt und bei dieser geringen Breite 450 km Grenzlinie aufweist – sogar die preußische Kreisprovinz Brandenburg ist im Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) auf 55 km reines Grenzland geworden! Durch diese neue Grenze muß hier die allgemeine gegenwärtige Not der deutschen Landwirtschaft schärfer zur Auswirkung kommen als anderswo. Auf vielfach vergrößerten Abfallwegen – oft 15 km bis zur nächsten Bahnstation – können viele auf mittelmäßigem Boden von verschuldeten landwirtschaftlichen Betrieben erzeugten Produkte häufig nur unter Selbstlosigkeit abgesetzt werden. Landwirtschaftsöde, die der geregelter Landwirtschaft heute wie früher mehr als ausreichende Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit auf väterlicher Scholle finden würden, sowie landwirtschaftliche Arbeiter, die auf den durchschnittlich mit 300 M. je Hektar verpflichteten Betrieben nicht ausreichend bezahlt werden können, wandern in die Industriegebiete ab oder in fremde Länder aus: Die Provinz Posen-Westpreußen stellte mit 106,9 Auswanderern auf je 100 000 Einwohner mehr als irgendeine andere östliche Provinz und das Zwischenland der Provinz Brandenburg! Die Folge ist die dünne Bevölkerung des Frankfurter Hinterlandes östlich der Oder in beiden Provinzen mit Raum der Hälfte des deutschen Durchschnitts (40 bis 50 je Quadratkilometer) – eine drohende Katastrophe angesichts der Tatsache, daß in den leeren Raum der polnische Wanderarbeiter oder, vom Nachbarstaat unterfügt, polnische Siedler für dauernd eindringen. Hier ist wirklich: Bauernnot – Volksnot – Bauernnot – Volksfest!

Da aber der Landwirt nicht nur als Erzeuger, sondern auch als Verbraucher volkswirtschaftlich von hoher Bedeutung ist – in kleinen Überläden werden im allgemeinen 60 v. H. aller Aufträge an das Handwerk von der Landwirtschaft erfüllt – so muß sich die verringerte Kaufkraft beider in einem stark vermindernden Umfang des Wirtschaftszentrums Frankfurt zeigen. Zudem haben viele Industriezweige ihre Filialbetriebe sowie bis zu 70 v. H. ihrer Rohstoff- und Abnahmgebiete in den abgetrennten Provinzen verloren und hohen sich wieder einmal in erneutem Fronttrieb als jüngste Konkurrenten auf anderen Märkten umstellen müssen: Der direkte Abfall nach den abgetrennten Gebieten betrug 1915 12,9 v. H., dagegen 1927 nur 0,24 v. H. des Jahresumsatzes bei insgesamt 1,6 v. H. Auslandsabsatz; fehlt auf die gesamten ostdeutschen Gebiete (außer Brandenburg und Berlin) entzettel, nur 15 v. H. des Gesamtumsatzes.

Während die Ostsämt ihrer geographischen Lage nach eine bedeutsame Verkehrsstraße für den internationalen Ostwestverkehr und den innerdeutschen von Schlesien zur Ostsämt führt, so sind in dem durch die Grenzziehung willkürlich verstellten Hinterland nicht weniger als 15 Eisenbahnen, 29 Chausseen, 13 große und 20 kleine Verkehrswege geschaffen, und damit ist auch die schnelle einzägige Verbindung vieler Gemeinden untereinander wie mit dem Wirtschaftszentrum Frankfurt unmöglich gemacht worden. Handwerker und Kaufleute haben zum Ausgleich der nachteiligen und zeitraubenden Verkehrsbedingungen schon in vielfachen Petitionen um Erlaubnis zur Durchquerung der Sonntagsruhe gebeten! Die Zeltalter des 1000-Jahr-Kaisers kann die Oder infolge ihrer wenig günstigen natürlichen Ausstattung und des vernachlässigten wassertechnischen Ausbaues – das Ottomachauer Staubecken ist bereits seit einem Menschenalter geplant, aber erst jetzt im Bau – den heutigen Verkehrsansprüchen nur wenig genügen.





Das Stadion in Frankfurt a. O.

Das
Schwimmbad

Auf die verkehrs-schwächste und durch die politische Zerrei-sung der Oder-Welches-Wasser-strasse besonders ge-schädigte branden-burgische Uferstrae ent-fällt nur 5,5 v. H. des gesamten Oderverkehrs, und der Anteil des Frankfurter Oder-hafens am Gesamtumschlag aller Oderhäfen beläuft sich auf nur 0,05 v. H. Dah heute der Oderverkehr an der Stadt vorbeigeht und ihrer industriellen Entwicklung nicht dienen kann, ist der äußerst unglückliche Verbindung des Oberhollwes mit der Reichsbahn zu zuschreiben. Sozus in der ersten Anlage der Eisenbahnlinien, in einem Zeitalter, wo man die Flüsse als Konkurrenten und nicht als Zubringer des Schienennetzes betrachtete, hatte man das nahe Flussbett außer acht gelassen, die Gleise wie den Bahnhof auf dem Stellufer 36 m über dem mittleren Wasserstand errichtet und völlig unterlassen, eine direkte Bahnverbindung zu dem am Strom unterhalb der Stadt gelegenen Industrieviertel zu bauen. Dieses ist zwar durch eine quer private, dann von der Stadt übernommene Güterbahn mit der Reichsbahn verbunden, aber die hohe Frachtabfuhrung und die Schmälzung der Frankfurter Wirtschafts-basis wirken zusammen dabin, daß der Uatumschlag nur 32 v. H. der durchschnittlichen Vorkriegshöhe beträgt und daß die Güter-bahn nur zwei Drittel des schon geringen Vorkriegsdurchschnitts befördert.

Wie verhängnisvoll wirkte es sich ferner heute aus, daß vor dem Kriege von den im allgemeinen nur spärlichen staatlichen Mitteln für kulturelle und verkehrs-politische Fürsorge der Objekte die meistigen Verträge über die damaligen „Binnengeschiele“ hinweg in die nun verlorenen Grenzgebiete floßen, die Kreisfests mit den weissen Nachbarprovinzen nur wenig Führung hatten. Wenn heute schon die Polen unter dem Vorwande: „Das Landgebiet rechts der Oder verklummt bei Deutschland“, offen an die Oderlinie zu streben, so ist es kaum verständlich, daß man auch heute noch den schwer ringenden Grenzländern durch Verlegung der staatlichen Polizei und der geplanten Auslösung der Eisenbahnbetriebswer-täte aus Frankfurt, der Garnisonen und Verwaltungen aus Nach-barstädten erhöhte Kosten unter Verringerung der Einnahmequellen zumutet, und andererseits dem gesamten ehemäßigen Wirtschafts-gebiet in seinen Wirtschafts-, Verkehrs- und Siedlungsnoten so wenige Berücksichtigung bei der Verteilung der Staats- und Reichs- beihilfen für die notleidenden Grenzgebiete gewährt.

Wenn Frankfurt (nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs der Stadt) von 1919 bis 1928 trog Abnahme der Geburtenziffer, die seit 1922 keinen Überfluss über die Sterbefälle zeigte, nach Auf-füllung der Garnisonsreserve von 1767 eine Zunahme von 9439 Per-sonen, d. h. 20,5 v. H. der Stadtbevölkerung, aufweist, so zeigt es sich hierdurch als bedeutamer Sammelpunkt des vertriebenen Ost-deutschums. Da nun bei Zusatz Ortsfeindem mehr Wohnungen für neue Haushaltungen erforderlich werden, als bei gleicher Zunahme infolge größerer Geburtenziffern, schien zeltwellig das Flüchtlings- und Wohnungselend in Frankfurt zentral zu sein. Dieses weit über das Maß des ihm zur Verfügung stehenden Mittel gelindert zu haben, ermöglichte ihm nur seine großzügige Bodenbeschaffungs-politik, um derer willen es von Domänen „die erste Bode-n-reformstadt Deutschlands“ genannt wurde. Wenn nur

6,7 v. H. des Stadtgebiets mit Häusern bebaut sind, so steht es da-mit unter 90 Städten an achter Stelle. 37,4 v. H. der Gesamtfläche aller Grundstücke — über dem Durchschnitt der deutschen Städte — sind städtisches Eigentum und 47,3 v. H. des gesamten Stadtbezirks sind Grundbesitz der Stadtgemeinde, das — innerhalb und außerhalb des Stadtbezirks — von 1912 bis 1928 eine Zunahme von 56,4 v. H. erfuhr. Zwar steht Frankfurt mit der Zahl der Neubau-wohnungen bei 11,5 v. H. des Gesamtwohnbestandes an dritter Stelle unter ostelbischen preußischen Mittelstädten, nur hinter Gleiwitz und Beuthen O.-S., gegenüber dem Durchschnitt von 7,1 v. H. für preußische Groß- und 9,9 v. H. für Mittelstädte und wird auch sonst nur von wenigen leistungsfähigen rheinisch-westfälischen Mittelstädten übertroffen, aber noch immer fehlen bei niedriger Rechnung für 5,5 v. H. der Gesamtbevölkerung ausreichende Wohnräume.

Infolge der brutalen Zerschneidung des wirtschaftlichen Hinter-landes vollzog sich aber mit dieser starken Zuwanderung ein grund-sätzlicher Wandel im Erwerbsleben der Bevölkerung gegenüber 1907:

Frankfurt's Verufs zugehörige:

	Erwerbstätige und Angehörige	
	1907 v. H.	1925 v. H.
Bergbau und Industrie	50,0	34,0
Handel und Verkehr	18,1	27,2
Öffentliche Dienste, freie Berufe	10,7	11,2
Ohne Berufe	13,9	15,0

Infolge Verlegung der Reichsbahndirektion und anderer Be-hörden nach Frankfurt fiel zugleich der Pensionsempfänger an-zahl ein Drittel der städtischen Bevölkerung Beamte, die in der Tabelle über die einzelnen Wirtschaftsgruppen verteilt sind. Da nun die Öffentlichkeit zum größten Teile ihr Eigentum im abgetrennten Gebiet verloren haben, sind die Wohlfahrtsstiftungen besonders hoch und betragen rund ein Sechstel des gesamten städtischen Einkts. Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln Unterstüzt, beträgt den zehnten Teil der Bevölkerung und ist damit rund um ein Drittel höher als in den übrigen 42 deutschen Mittelstädten. Das wirkt sich natürlich auch auf die Steuern aus: Von nur 5 v. H. zur Steuerabtragung verpflichteten Einwohnern entfallen knapp je 2 v. H. unter die beiden niedrigsten Einkommensgruppen bis 1500 bzw. 3000 RM. und nur etwa 1 v. H. auf höhere Beträge.

Trotz dieser wahrlich hohen Anforderungen der gegenwärtigen Lage war sich Frankfurt seiner zukünftigen Aufgaben als Haupt-stadt der Mittleren Ostsmar verantwortungsbewußt bewusst und wuchs organisch zum Zentrum des notleidenden Gebiets heran. Zwar hat es heute kein Gesicht von der Oder abgewandt, aber in dem neu aufgebauten Personen-, Güter- und Verschiebebahnhof ver-knotet sich noch heute ein Netz von Eisenbahnlinien, die sowohl als große Durchgangslinien im Zugverkehr nach Breslau, Dresden, Berlin, Stettin, Warschau ausstrahlen, wie auch den Provinzial-verkehr dienen. Der moderne Autoverkehr, der den alten, durch Frankfurt führenden Landstraßen als anerkannte Provinzialdurch-gangsstraßen wieder zu Ehren gebracht, so daß die Stadt heute mit Recht als Verkehrsnotenpunkt im allgemeinen verkehrs-ärmeren Osten angesehen werden kann. Auch ist Frankfurt mit seinem bis 1919 so bedeutsamen Flugplatz „Fliegerhorst“ seit August d. J. an das Flugnetz angeschlossen worden.

Als größte Stadt der Provinz Brandenburg (noch Ausscheiden Berlins) und der Grenzmark Posen-Westpreußen ist es ein Siede-

lungsmittelpunkt, wo eine Bevölkerungszunahme von 20,5 v. H. der bauzentrischen Stadt reichlich Gelegenheit zu städtebaulich großzügigen und für weiteste Gebiete vorbildlichen Anlagen neuer, gesunder Wohnviertel bot. Deutlich zeigt die detaillierte Karte, daß Frankfurt mit fast 75 000 Einwohnern die größte Stadt der Provinz Brandenburg, ja sogar — von der Reichshauptstadt abgesehen — in dem gesamten von geraden Ufern umschlossenen deutschen Gebiet ist, das sich von Breslau, Leipzig, Magdeburg, nach Hamburg, Lübeck, Stettin und Danzig erstreckt. Sämtliche Städte dieses weiten Gebietes (außer Potsdam (1) und Dessau) weisen sogar weniger als 60 000 Einwohner auf. Zudem ist Frankfurt Hauptstadt des nächst Potsdam größten preußischen Regierungsbezirks (ist so groß wie Württemberg und größer als ganz Sachsen), ist Sitz des Landesfulturamtes der Provinz Brandenburg, Pommern und Preußen, einer Oberpost-, einer Reichsbahndirektion, von Reichsbank, Zoll-Eichamt, einer Handelskammer und der größten brandenburgischen Handelskammer; fügt es in ein Verwaltungsmittelpunkt mit insgesamt mehr als 20 Behörden.

Als Nachfolgerin der verlorenen Altkönigstadt Polen hat sich die ehemalige Universitätsstadt Frankfurt besonders verantwortungsfreudig der Kulturstadt im deutschen Osten angenommen und sich bewußt zum Kulturmittelpunkt mit ausgeprägtem östlichem Charakter ausgehobt. Die Schulen der Stadt, unter denen fast alle modernen Typen des mittleren Schulwesens einschließlich Fachschulen vertreten sind, werden zu mehr als 15 v. H. von Kindern der aus dem Osten zugewanderten und teilweise zu 50 v. H. von Ortsfremden besucht. Ein um seine Ergebnisse schwer ringende Kultustheater pflegt seinen Spielplan künstlerischen und volkskundlichen Bedürfnissen an. Ausbildungsinstitute für Lehrer, Bibliothekare, Ärzte, Chormeister und Handwerker sorgen für kulturelle Hebung des ganzen östlichen Gebiets. Wie bereits die einzige offizielle, von weiterhin befindliche Städtische Verwaltungsbüro- und Spar-Cassensche, und das soeben eröffnete Mühlheim, das erste seiner Art in Deutschland, so wird auch bald die 1930 zu eröffnende Pädagogische Akademie der aufstrebenden deutschen Jugend reichlich



Das Mühlheim
in Frankfurt a. O.

eines weiten Gebietes geworden ist und als solcher wie durch kulturelle und sportliche Veranstaltungen häufig zum Tagungsort von großer Bedeutung wird, so erkennt man, daß es heute wie einst auf den Wellenbergen seiner geschichtlichen Entwicklung einen Durchbruch- und Bildungsmittelpunkt in grenznaher Lage darstellt.

Die Wunden im Osten.

Von Karl Spieser.

„Die Zeit heißt alle Wunden“, sagt ein altes Sprichwort. Auch von den Wunden, die der Krieg und seine Ausgeburten in Deutschland geschlagen haben, sind schon viele vernarrt; andere sind im Heilungsprozeß begriffen, einige aber sind frisch und blutig geblieben, fast wie am ersten Tag. Schlimmer noch: die Zeit hat sie nicht gehext, die Zeit droht sie brandig werden zu lassen. Zu diesen Wunden am deutschen Volkskörper zählen die Verstümmlungen, die Deutschland im Osten ertragen hat, zählt die Trennung Ostpreußens vom Reich durch das Einfallen des sogenannten politischen Korridors und zählt das unglaubliche Oberflächendes, das trotz einer von den Siegermächten vorgeschriebenen, ganz unzweideutig für Deutschland ausgefallenen Volksabstimmung getrieben wurde und in seinem wertvollsten Teile an Polen verloren ging.

In den deutschen Östmarken mehrt jeder Tag die Erkenntnis des Unrechts, des Siegerläufe an ihnen begangen hat, und unter das gesamte deutsch empfindende, wirtschaftlich bestehende und unter den von Unverstand geschaffenen Verhältnissen leidende Volk Deutschlands kommt nicht los von dem Gedanken und dem Verlangen, daß im Osten unseres Vaterlandes nicht endgültige Verhältnisse geschaffen sein dürfen. Anders sieht es brauchen in der Welt aus, denn anders sieht man von draußen nach Deutschland oder auch in den ganzen Kontinent hinein. Langt ist der törichte Glaube gewichen, daß für Europa der Krieg ein gutes Geschäft gewesen ist, in den Kanzleien aller europäischen Regierungen ist man sich längst darüber klar, daß der Saldo der Krieg für alle ein böses Verhältnis geschaffen hat und möchte darum am liebsten, mehr denn zehn Jahre nach Friedensschluß, nichts mehr davon hören und vor allem jeder Forderung nach Wiederaufstellung von

Gelegenheit zum Studium und Erleben ostdeutscher Fragen geben. Mit Hilfe gut geleiteter Volksbüchereien und Kabinettbüchern sieht Frankfurt betreffs ausgeliehenen Bände je Kopf der Bevölkerung unter allen Städten bis 150 000 Einwohner unübertroffen an der Spitze. In Archiven und der wissenschaftlichen Ostmarksbücherlütet hilft die Stadt das Erbe deutscher Vergangenheit und ihres größten Sohnes, Heinrich von Kleist. Von Frankfurt aus lenkt der hier begründete „Wirtschafts- und Kulturbund“, eine notgedrängte Selbsthilfeorganisation, immer wieder das Augenmerk von Staat und Reich auf das bedrohte Ostland und hat auch die offizielle Anerkennung des Regierungsbüros Frankfurt (Oder) als gefährdetes Grenzfeldegebiet durchgesetzt. Von hier aus kämpfen der „Verkehrsverbund Ostmark“ für die Beseitigung eines Grundstücks östlichen Wirtschaftsnorts, der Verkehrsarmut, und der „Brandenburgische Oberverein“ für einen leistungsfähigen Oderweg und den „Frankfurter Anschlußkanal“ zum geplanten Elbe-Spree-Oder-Kanal.

Die richtige Erkenntnis, daß Sportplätze die Aussichten für Wohlfahrtswochen und Krankenhäuser ersparen helfen, hat in prächtiger Lage das „Ostmarkstadion“ mit Platz für 20 000 Menschen geschaffen, das nach dem Auspruch des deutschen Meisters Luther als „die schönste Anlage Deutschlands“ bezeichnet werden darf und bereits die jentziale Stätte für große sportliche und nationale Kundgebungen geworden ist. Eine ungünstigste Negativgestaltung am Brieselang See, die, an Qualität in der ersten Reihe aller deutschen steht, lenkt ebenso häßlich wie die Wettkämpfe um die „Meisterschaft der deutschen Ströme“ und die „Deutsche Waldlaufmeisterschaft“ das Auge des Sportwelt auf den ostdeutschen

Sportmittelpunkt Frankfurt (Oder), der auch im Jugendherbergswerk den dritten Rang unter den deutschen Mittelstädten einnimmt.

Bedenkt man, daß Frankfurt auch durch eine große Anzahl Bantone und Handelsfirmen bereits Wirtschafts-

durch die Verträge geregelten Fragen Aug' und Ohr verschließen. Besonders in England verhärtet sich die Abneigung gegen die Erörterung vermehrlich abgetragener Dinge; man weiß, daß der Krieg ein Fehler war, daß die Friedensverträge schlecht sind und daß in den Weltkriestagen noch manch andere Fehler darüber hinaus unzählig gemacht worden sind. Das wähnt man vorbei und ist bemüht, daß alles fatalistisch zu betrachten. Wenn gar zu aufdringlich aus den Verträgen erwachsene Missstände sich darbieten, sucht man bestensfalls die Schulter und murmurrt ein Bedauern, aber will endlich vor all diesen unangenehmen und unbedeuenden Dingen seine Hände haben und mit den Vorwürfen einer verlorenen falschen Politik verhont bleiben.

Mit unliegbarem Geschick hat die politische Propaganda dies infame Unbehörbnis und die Abneigung des Engländer gegen kontinentale Beschwerden auszunutzen verstanden. Nur zu gern glaubt das britische Volk, daß alles schön und gut ist, was der von ihm auf die Beine gestellte polnische Staat tut, und ist bestredigt zu hören, daß Polen ganz sonst mit seinen inneren Schwierigkeiten fertig wird. Um so bedeutsamer und dementsprechender ist es, wenn aus der Masse des englischen Volkes selbst Männer, deren Eignung und Sachkunde nicht befürchtet werden kann, als Mahner und Warner sich erheben und mit leidenschaftlicher Gedade, aber mit allem sachlichen Rüstzeug ausgestattet, auf das Unrecht hinzuweisen, das Deutschland an seiner Ostgrenze zugestellt worden ist, aber zugleich auch englisch auch auf den dauernden Schaden hindeuten, der dadurch für England selbst erwächst. Männer, die, des Kriegsspiels und der europäischen Zerrissenheit müde, mit allem Ernst darauf hinzuweisen, daß der europäische Friede nicht gesichert

sein kann, wenn Grenzziehungen erhalten bleiben, die nicht nur der wirtschaftlichen Vernunft, sondern auch berechtigten kulturellen und nationalen Interessen der Landesbevölkerung ins Gesicht schlagen.

Da ist zunächst das Buch „Silesia revisited“ des englischen Oberleutnants Hutchison, der im Jahre 1920–1921 Mitglied der Interalliierten Kommission in Oberschlesien gewesen ist. Der Mann kennt Land und Leute aus dieser Kampfduellwüchsigen Übergangszeit, als sich schon weit hin die vermischenden und verwirrenden Folgen des Verfallseriffs in Oberschlesien bemerkbar machen. Da darum der Vergleichsmaßstab, den der Engländer an die heutige in Oberschlesien diesseits und jenseits der jetzt gezogenen Grenze herrschenden Verhältnisse angewandt in der Lage ist, auch nicht ganz richtig und einwandfrei, so wird das Urteil des ehemaligen englischen Offiziers, der sich jetzt am Bergbau in England interessiert, an Wert und Bedeutung eher gewinnen müssen, wenn es wie es der Fall ist, sich nahezu uneingeschränkt für Deutschland und gegen Polen ausspricht. Hutchison erwirkt nicht erst heute die Genfer Entscheidung über die Teilung Schlesiens, die in der Abstimmung des oberschlesischen Volkes seine Grundlage und Berechtigung findet, denn jeder, der in jener trostlosen Zeit die oberschlesischen Verhältnisse gesehen hat, weiß, daß nicht nur die britischen Offiziere der Interalliierten Kommission wohl ausnahmslos mit einem Gefühl tiefer Scham und Enttäuschung mitgemacht und mitgetragen haben, was höherer Interessen Frankreichs zunutze und zu Willen von ihrem Pflichtgefühl gefordert haben. Nicht jeder englische Offizier hat in diesem Kampfe zwischen Pfeil und Edegefühl sich gegen die bessere Einheit entschieden — man erinnert sich, daß während der oberschlesischen Plebiszitzeit mehrfach britische Offiziere ihre Versezung oder Entlassung aus Oberschlesien verlangt haben, weil sie es vor sich selbst nicht verantworten konnten, in einem Lande, das sie gerecht und unparteiisch schützen und verwahren sollten, auf Befehl des französischen Gewalthabers, des Generals Le Rond, täglich ungerecht und parteiisch gegen den deutschen Teil der Bevölkerung sich einzusehen. — Es mag sein, daß nicht zuletzt ein aus jenen frühen Tagen verbliebener ungelernter Gewissenskonflikt den Oberleutnant Hutchison getrieben hat, das Land, das er einstens mitbewohnt hat, wieder zu besuchen und diesmal, wo er nur seinem Gewissen und seiner Einsicht verantwortlich ist, um so lebenshaftrichter und eindringlicher zu bekommen, was er im deutschen und im polnischen Oberschlesien gesehen und erfahren hat. Seine harte Worte findet er über Männer und Dinge, denen er in Polnisch-Oberschlesien begegnet ist; mit Schärfe und Zorn verurteilt er die von den politischen Gewalthabern gegen die deutsche Minderheit beliebten Methoden und sieht nicht an, seine Überzeugung dehin auszusprechen, daß er nach allem, was er darüber gesehen und erlebt hat, es für ausgeschlossen hält, daß Polen jemals die in seinen Grenzen lebenden nationalen Minderheiten, mögen sie deutsch oder österreichisch oder russisch sein, sich zu assimilieren in der Habe sein wird. Den politischen Schulbedörfern weiß Hutchison offenen Bruch des Genfer Abkommens nach, während er festgestellt hat, daß die deutsche Verwaltung der polnischen Minorität weit über ihre Verpflichtung hinaus entgegenkommt.

Die Darstellung und Beurteilung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Polnisch-Schlesien durch Hutchison ist von einer Schärfe und Lebendigkeit, wie wir sie von deutscher Seite kaum je gehört haben. Das ist um so beachtlicher, als Hutchison aus seiner Zuneigung zu Frankreich, für das und auf dessen Boden er gegen Deutschland gekämpft hat, kein Heimweh und auch sicherlich nicht von dem Besitzrechten gesetzt ist. Deutlands Interessen zu wahren. Welt eher gewinnt man den Eindruck, daß Hutchison bestrebt ist, England darauf hinzuweisen, daß die Genfer Entscheidung über Oberschlesiens Englands Interessen empfindlich schädigt, und wenn er auch sein Volk immer wieder auf das Verwerthliche und Ungerechte der Genfer Ent-

scheidung hinweist, tut man ihm wohl nicht unrecht, wenn man im letzten Kapitel seines Buches, das über die Beziehung des englischen Bergbaues zur oberösterreichischen Kohlenindustrie handelt, trotz seiner Kürze den Kernpunkt seiner Darlegungen erbläßt. Die im polnischen Bergbau gezählten Hungerlohne haben es nach Hutchisons Ansicht zuwege gebracht, den englischen Kohlenabsatz in einer Reihe von Ländern, insbesondere in den baltischen und skandinavischen Staaten, zu verdrängen, und darum hat nach der Meinung dieses Engländer das britische Volk ein dringendes Bedürfnis nachzuprüfen, ob die oberschlesischen Entscheidungen des Rates in Genf unantastbar bleiben soll oder im englischen wie europäischen Interesse revidiert werden muß.

Es ist leider festzustellen, daß aus den oben angeführten Gründen das sensationelle Buch des Oberleutnants Hutchison in England fast überall ebenso tolgeschwommen und in der Verbreitung gehemmt wird wie ein anderes aufsehenerregendes Buch des Sir Robert Donald: „Der polnische Korridor und seine Folgen“. Sir Robert Donald ist der frühere Chefredakteur des „Daily Chronicle“ und ein in liberalen englischen Kreisen recht bekannter und angesehener Publizist. Auch er tritt in ausgewehrlicher sachlicher Beweisführung die Erkenntnis, daß die deutsche Ostgrenze auf die Dauer nicht haltbar ist und daß eine andere Regelung der Grenzziehung zwischen Polen und Deutschland gefunden werden muß, wenn eine Befriedung im Osten und ein für beide Völker gedeihliches wirtschaftliches Zusammenarbeiten erreicht werden soll. Ähnlich wie Hutchison schreibt auch er mit auffallender Schärfe über das Aufstandekommen der Grenzziehung im Osten und über das Unterwerden Polens, den durch die Friedensdiktate in seine Grenzen verwiesenen nationalen Minderheiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Interessant und beachtlich ist Sir Roberts Ansicht und Vorschlag einer Vereinigung der Dinge im Osten. Den Zielpunkt dazu sieht er im Jahr 1935 geformt, wenn die Gültigkeitsdauer des Genfer Abkommens über Oberschlesien abgelaufen sein wird. Dann müßte nach seiner Meinung für Oberschlesien eine neue Volksabstimmung anberaumt werden, und wenn dazu die Zeit noch nicht reif sei, müßte aus Oberschlesien vorübergehend unter Aufsicht des Völkerbundes ein

autonomer Staat, ähnlich wie früher Luxemburg, geschaffen werden, der in Tullnau mit Deutschland ständig freien Handel mit Polen treiben würde. Der Korridor müßte an Deutschland zurückgegeben werden, die Frage des polnischen Zugangs zum Meer müßte durch die Schaffung von Freihäfen in Königsberg, Elbing, Stettin, Hamburg und Memel sowie durch Internationaleisierung der Weichselmündung gelöst werden. Sir Robert Donald denkt aber realpolitisch genug, um selbst festzuhalten, daß die von ihm vorgeschlagenen Lösungsversuche und jede Besserung an den deutschen Grenzen ein Traum bleiben müßten, wenn nicht England, Deutschland und Frankreich zu wirtschaftlichen und politischen Zusammenwirken gelangen würden.

Sir Robert Donalds Buch ist begreiflicherweise den Polen recht unangenehm gewesen, und sie haben verlustig zu erwischen, daß ein Mann von dem Ansehen und der Bedeutung Sir Roberts von den Deutschen gekürt wäre. Diese Verdächtigung läßt sich allein dadurch schon widerlegen, daß doch wohl niemand auch in Polen glauben kann, daß Sir Roberts Programm für die Regelung der Grenzfragen im Osten eine Lösungsvorschlag Deutschlands sein kann.

Wenn die Zeit gekommen sein wird, in der wir uns mit Polen über eine für beide Völker gleich erträgliche und erspielbare Lösung der Grenzprobleme unterhalten können, werden wir uns auf einer Verhandlungsgrundlage zusammenfinden, die eine Vereinigung der schwerwiegenden Grenzprobleme verspricht. Sie zu finden ist Aufgabe, aber auch Pflicht ehrlichen Strebens noch freundlichbarlichem Zusammenseinwohnen, das erreicht und gesiegt sein muß, wenn die politische und die deutsche Nation entschlossen sind, ihrer Mission zur Arbeit am kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt und Aufstieg Europas und der gesamten abendländischen Zivilisation gezeigt zu werden.



Die Frankfurter
Gutenberge
in Lager



28. Mai 1919.

„Nur als Verteidigungskrieg gegen den Zarismus hat 1914 das deutsche Volk, wie mit Recht namentlich die gesamte Sozialdemokratie damals erklärt hat, den Kampf einmütig und entschlossen aufgenommen. Auch heute, wo Deutschlands militärische Macht für immer vernichtet ist, halten wir diesen Abwehrkrieg für unvermeidlich. Mit dem Augenblick, in welchem das Ziel der Niederwerfung der zaristischen Macht erreicht war, wurde der Krieg sinnlos. Wir würden seine Fortsetzung als einen Frevel der früheren Regierung bezeichnen, sobald uns zweifelsfrei nachgewiesen würde, daß die Gegner bereit gewesen wären, einen Frieden ohne Sieger und ohne Besiegte auf der Grundlage der Achtung der gegenseitigen Ehre mit uns zu schließen. Dafür fehlt bis heute der Beweis. Die Friedensbedingungen, welche dem Volke des auf demokratischer Grundlage erneuerten Deutschland im Gegensaß zu feierlichen Versprechungen gestellt worden sind, sprechen leider eine so schlimme Sprache für das Gegen teil, daß, wenn an ihnen festgehalten wird, es keinerlei Mittel geben wird, diesen Beweis jemals glaubhaft zu erbringen.“

28. Mai 1919.

Graf Brockdorff-Rantzaу übersendet Clemenceau den ersten Teil einer ausführlichen Denkschrift, die Gegenvorschläge der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen enthaltend.

29. Mai 1919.

Graf Brockdorff-Rantzaу übersendet Clemenceau den Rest der deutschen Gegenvorschläge zusammen mit einer Mantelnote, welche die Grundgedanken der deutschen Denkschrift folgendermaßen erläutert: „... Wir hofften auf den Frieden des Rechts, den man uns verheißen. Wir waren entseßt, als wir... lasen, welche Forderungen die siegreiche Gewalt des Gegners an uns stellt. Je liefer wir in den Geist dieses Vertrages ein drangen, um so mehr überzeugten wir uns von seiner Un durchführbarkeit. Die Zumutungen dieses Vertrages gehen über die Kraft des deutschen Volkes. Wir sollen zur Wiederherstellung des polnischen Reiches auf unbeschränkbar deutsches Gebiet verzichten... Wir sollen darin willigen, daß Ostpreußen vom Staatskörper amputiert, zum Absperren verurteilt und seines nördlichen Teils mit dem rein deutschen Memel beraubt wird. Wir sollen zugunsten Polens und Tschechoslowakiens auf Oberschlesien verzichten, obgleich es seit mehr als 750 Jahren in enger polnischer Verbindung mit Deutschland steht, von deutschem Leben erfüllt ist und die Grundlage für die Industrie im ganzen östlichen Deutschland bildet. Überwiegend deutsche Kreise sollen an Belgien ausgeliefert werden, ohne genügende Garantien für die Unabhängigkeit einer erst nachträglichen Abstimmung. Das rein deutsche Saargebiet soll von unserem Reiche gelöst und seine spätere Angliederung an Frankreich vorbereitet werden. Obgleich wir Frankreich keine Menschen, sondern nur Kohlen schulden, Fünfzehn Jahre lang soll rheinisches Gebiet besetzt sein... Ein so zerstörliches und geschwächtes Deutschland soll sich, obgleich auf Erstaltung der Kriegskosten ausdrücklich verzichtet wurde, grundsätzlich bereit erklären, alle Kriegskosten der Gegner zu tragen, Summen, die das gesamte deutsche Staats- und Privatvermögen um ein Mehrfaches übersteigen würden. Einstweilen fordern die Gegner über die vereinbarte Grundlage hinaus Ersatz der Schäden der Zivilbevölkerung... Die zu zahlende Summe soll von den Gegnern einseitig festgesetzt werden und späterer Abänderung und Erhöhung unterliegen. Die Grenze soll die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes bilden, abgesehen nicht nach seiner Lebenshaltung, sondern lediglich nach seiner Fähigkeit, die Forderungen der Feinde durch seine Arbeit zu erfüllen. Das deutsche Volk wäre also zu dauernder Sklavenarbeit verurteilt. Troß

solcher ungeheurenden Forderungen wird uns gleichzeitig der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unmöglich gemacht. Wir sollen unsere Handelsflotte ausliefern. Wir sollen auf alle Auslandswerke verzichten. Wir sollen das Eigentum an allen deutschen Auslandsunternehmungen selbst in den verbündeten Ländern auf die Gegner übertragen. Auch nach Friedensschluß sollen die feindlichen Staaten das Recht haben, alles deutsche Vermögen zur Einziehung zu bringen... Auf unsere Kolonien sollen wir vollständig verzichten. Nicht einmal dort sollen deutsche Missionare das Recht haben, ihren Beruf auszuüben... Sogar im Innern sollen wir unser Selbstbestimmungsrecht aufgeben. Die internationale Kommission für Wiedergutmachung (Reparationskommission) erhält diktatorische Gewalt über unser gesamtes Volkse leben in Wirtschaft und Kultur, ihre Befugnisse gehen weit über die hinaus, die der Kaiser, der deutsche Bundesrat und der Reichstag zusammen jemals besessen haben... Auch auf anderen Gebieten wird Deutschlands Souveränität aufgehoben. Seine Hauptströme werden internationaler Verwaltung unterstellt, es muß auf seinen Gebieten die von den Gegnern gewünschten Kanäle und Eisenbahnen bauen, es muß den Verträgen unbekannten Inhalts zustimmen, die von seinen Gegnern mit den neuen Staaten des Ostens geschlossen werden sollen, selbst über seine eigenen Grenzen. Das deutsche Volk ist aus dem Bunde der Völker ausgeschlossen, dem alle gemeinschaftliche Arbeit der Welt anvertraut ist. So soll ein ganzes Volk seine Achtung, ja sein Todesurteil unterschreiben. Deutschland weiß, daß es Opfer bringen muß, um zum Frieden zu kommen. Deutschland weiß, daß es solche Opfer vertragsgemäß zugesichert hat, und will daran die äußerste Grenze dessen gehen, was ihm möglich ist.“

1. Deutschland bietet an, mit der eigenen Entwaffnung allen anderen Völkern voranzugehen, um zu zeigen, daß es helfen will, das neue Zeitalter des Reichsfriedens herbeizuführen... Aber es sei voraus, daß es sofort als gleichberechtigter Staat in den Völkerbund aufgenommen wird...“

2. In territorialen Fragen stellt sich Deutschland rückhalloß auf den Boden des Wilsonprogramms. Es verzichtet auf seine Staats hoheit in Elsaß-Lothringen, wienscht aber dort freie Volksabstimmung. Es trifft den größten Teil der Provinz Posen, die unbestreitbar polnisch besiedelten Gebiete nebst der Hauptstadt Posen an Polen ab. Es ist bereit, den Polen durch Einräumung von Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel, durch eine Weichsel-Schiffahrtsakte und durch besondere Eisenbahnverträge freien und sicheren Zugang zum Meere unter internationaler Garantie zu gewähren. Deutschland ist bereit, die wirtschaftliche Versorgung Frankreichs mit Kohlen, besonders aus dem Saargebiet, bis zur Wiederherstellung der französischen Bergwerke zu sichern. Die vorwiegend dänischen Gebiete Schleswigs werden auf Grund einer Volksabstimmung Dänemark überlassen. Deutschland verlangt, daß das Selbstbestimmungsrecht auch zugunsten der Deutschen in Österreich und Böhmen geachtet wird. Es ist bereit, seine sämtlichen Kolonien der Gemeinschaftsverwaltung des Völkerbundes zu unterstellen, wenn es als dessen Mandatar anerkannt wird.“

3. Deutschland ist bereit, die ihm nach dem vereinbarten Friedensprogramm obliegenden Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Mark Gold zu leisten, und zwar 20 Milliarden Mark Gold bis zum 1. Mai 1926, alsdann die restlichen 80 Milliarden... in unverzinslichen Jahresraten... Deutschland sei hierbei voraus, daß es keine weiteren territorialen Opfer als die vorerwähnten zu bringen hat und wieder wirtschaftliche Bewegungsfreiheit nach innen und außen erhält.“

4. Deutschland ist bereit, seine gesamte wirtschaftliche Kraft dem Dienst der Wiederherstellung zu widmen. Es wünscht bei der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich werktätig mitzuarbeiten . . .“ (Die weiteren in der Mantelnote aufgeführten Gegenvorschläge betreffen die Handelsflotte, den Ersatz des vernichteten belgischen und französischen Flugfahrzeuge, die Überlassung industrieller Beteiligungen an die Gegner, das Recht der Arbeiter, über Sozialpolitik und Sozialversicherung selbst entscheidend mitzustimmen, die Forderung einer neutralen Untersuchung über die Verantwortlichkeit für den Krieg und die Schuld während des Krieges.)

30. Mai 1919.

General Smuts schreibt an Präsident Wilson: „... Die deutsche Antwort . . . scheint mir die fundamentale Note anzuschlagen, die für uns am gefährlichsten ist . . . Sie (die Deutschen) sagen im Grunde, daß wir ihnen gegenüber unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilsonfrieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit ihren vierzehn Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist. Abgesehen von den beiden, von den Alliierten vor dem Waffenstillstand gemachten Einschränkungen (vgl. 4. und 5. November 1918), sind wir verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der vier Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien. Und alle Bestimmungen des Friedensvertrages, die in ihrem Ziele und Zwecke dagegen sind oder darüber hinausgehen, würden einen Bruch des Abkommens bedeuten . . . Falls die Alliierten den Krieg beenden, indem sie dem Beispiele Deutschlands bei Beginn folgen und der Welt gleichfalls mit einem „Feinen Papier“ gegenübertreten, dann wird unsere Schande so groß sein, daß ich schaudre, wenn ich an die lebte Wirkung auf die öffentliche Meinung denke. Wir würden in der Tat ein schwereres Unrecht als Deutschland auf uns laden . . . Wir alle sollten der Frage die ernsteste Beachtung schenken, ob unser Friedensvertrag sich im Rahmen der vier Eckpfeiler Ihrer Reden von 1918 hält. Offen heraus, ich glaube nicht, daß dies der Fall ist, und es scheint mir, daß die Deutschen triftige Rechtsgründe in bezug auf eine Anzahl von Bedingungen vorbringen. Alle die einseitigen Bedingungen, welche Wechselseitigkeit oder Gleichberechtigung ausschließen, und alle die Nadelstiche, von denen der Vertrag strotzt, scheinen mir gegen den Buchstaben und den Geist Ihrer Punkte zu verstößen . . . Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilsonfrieden schließen, daß wir der Welt unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit die Treue nicht halten. Wenn wir das tun, wird es so scheinen, als brächten wir das förmliche Abkommen, das wir in vollem Bewußtsein — wie ich wenigstens glaube — geschlossen haben, und wir werden mit schwerster Schande überschüttet werden, und dieser Friede könnte dann wohl sogar ein noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war. Verzeihen Sie, daß ich Sie mit dieser Angelegenheit beunruhige, aber ich glaube, es handelt sich um die Wurzel unserer ganzen Sache.“

2. Juni 1919.

Lloyd George forderte in einer Besprechung mit Wilson und Clemenceau, wesentliche Änderungen des Vertragsentwurfs im Sinne des deutschen Gegenvorschläge, insbesondere auch die Beschränkung der Besiegung auf zwei Jahre. Seine Kollegen sagten, „daß sie keine Möglichkeit sähen, die britischen Delegierten zur Unterzeichnung zu ermächtigen, außer, wenn gewisse Änderungen an diesem Teil des Vertrages vorgenommen würden, auch könnten sie, solange die Abänderungen nicht durchgeführt seien, nicht zugeben, daß die britische Armee für irgendwelche Vormarsch benötigt werde, um den Vertrag zu erzwingen.“

Lloyd Georges Vorschlag, den er noch mehrere Tage fortsetzte, scheiterte an dem Widerstand Clemenceaus und Wilsons,

3. Juni 1919.

Wilson bespricht die deutschen Gegenvorschläge mit der amerikanischen Friedensdelegation und erklärt dabei unter anderem: „Die Frage, die mir am Herzen liegt, lautet: „Wo haben sie (die Deutschen) mit ihren Behauptungen recht?“ „Wo haben sie gezeigt, daß die Vereinbarungen des Friedensvertrages in wesentlicher Hinsicht ungerecht sind?“ „Wo haben sie gezeigt, daß sie nur hart sind?“ Denn sie sind hart, aber die Deutschen verdienen das. Und ich glaube, es ist nützlich, daß eine Nation ein für allemal lernt, daß es ein ungerechter Krieg an sich bedeutet. Ich habe nicht den Wunsch, den Friedensvertrag zu mildern, aber ich habe den aufrichtigsten Wunsch, jene Abschnitte abzändern, von denen gezeigt wird, daß sie ungerecht sind oder den Grundsätzen, die wir selbst aufgestellt haben, zuwiderrufen.“ Und ferner am Ende der Besprechung: „Ich möchte nicht unvernünftig erscheinen, aber mein Gefühl ist folgendes: daß wir in dem Vertrag keine Änderungen machen sollten, um seine Unterzeichnung zu erlangen, wenn wir glauben, daß er das erhält, wofür wir kämpfen; daß die Zeit, alle diese Fragen zu erwägen, damals war, als wir den Vertrag schrieben; und es macht mich ein wenig müde, wenn Leute kommen und jetzt sagen, daß sie befürchten, die Deutschen würden nicht unterschreiben, und wenn ihre Befürchtung auf Dingen beruht, auf denen sie zu der Zeit, als der Vertrag geschrieben wurde, bestanden; das ist mir einfach widerer.“ Und das geschah. Diese Leute, die unser Urteil über den Haufen warfen und Sachen in den Vertrag schrieben, die jetzt den Stein des Anstoßes bilden, stolpern jetzt über sich selbst, um diesen Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Wenn er nicht da sein darf, so sage ich: schafft ihn fort, aber ich sage, schafft ihn nicht nur deshalb fort, um die Unterschrift unter den Vertrag zu bekommen.“ Auf die Zwischenfrage, ob er dabei an die Franzosen denke, erwidert Wilson: „In erster Linie an die Briten . . . Sie hätten von Anfang verständig sein sollen, dann hätten sie es nicht nötig gehabt, es zum Schluß mit der Angst zu bekommen.“

4. Juni 1919.

Der vom Viererrat eingesetzte Ausschuß von Wirtschaftspolitikern (Norman Davis und Baruch für die Vereinigten Staaten, Lord Robert Cecil und Keynes für Großbritannien, Loucheur und Clément für Frankreich, Crespi und Attolico für Italien) erstattet dem Viererrat einen vertraulichen Bericht über Europas Bedürfnisse an Lebensmitteln und Rohstoffen und die Mittel zur Finanzierung dieser Lieferungen. Darin heißt es über Deutschland: „Im Falle Deutschland wird die finanzielle Frage durch die Reparationsforderungen des Friedensvertrages überschattet.“ Nach dem Vertrag müsse Deutschland verschiedene besondere Formen des Besitzes abtreten oder ablefern, unter denen die Handelsflotte die wertvollste sei. Aber der Ausschuß habe das Gefühl, daß man sich darauf gefäßt machen müsse, „daß die Deutschen zuzüglich der obigen Abrechnungen lediglich in stande sein werden, innerhalb von zwei Jahren ganz unbedeutende Zahlungen zu leisten. Selbst wenn von Deutschland innerhalb dieser Frist keine Zahlung verlangt wird, möchte es ohne Beistand für Deutschland unmöglich sein, die notwendige Einfuhr zu bezahlen, durch die es später in die Lage versetzt würde, beträchtlichere Zahlungen für Reparationszwecke aufzubringen. Für den wahrscheinlichen Fall, daß Deutschland daher al äußerlande ist, in liquiden Werten die ganzen (binnen der ersten zwei Jahre fälligen) ersten 20 Milliarden Mark zu bezahlen; b) infolge Mangels an Barmitteln und Kredit zu importieren außerlande ist; oder c) nicht im Besitz eines angemessenen Betriebskapitals bleibt, glaubt der Ausschuß, daß eins oder mehrere der nachstehenden Hilfsmittel in Erwägung gezogen werden müßten: 1. Die . . . Besitzabrechnungen können nicht als Vorschüsse auf die Reparationen, sondern müssen als Verkäufe behandelt werden, und die Regierungen, die diesen Besitz erhalten, sollten den Gegenwert davon Deutschland in bar zur Verfügung stellen . . . oder es könnte Deutschland als Alternative ge-

staltet werden, eine genügende Summe seiner vorhandenen Aktivbestände zurückzubehalten, um seine Erfordernisse an Betriebskapital zu decken. 2. Die alliierten und assoziierten Regierungen könnten Deutschland eine Anteile geben; oder 3. die Bestimmungen des Reparationsabschnitts könnten so umgeändert werden, daß sie Deutschland gestatten, Schuldverschreibungen zu verkaufen, die vor allen Reparationszahlungen den Vorrang haben und besondere Sicherheit gewiegen . . . oder die Reparationskommission verpflichten, eine Teilzahlung auf die ersten 20 Milliarden Mark in dieser Form anzunehmen." Die Lösung des Problems sei äußerst dringlich. „Bisher ist mit der Lieferung von Rohstoffen (an Deutschland), deren Kosten . . . auf 180 000 000 £ geschätzt werden, noch nicht begonnen worden; und wenn der Zusammenbruch Deutschlands vermieden werden soll, muß die Lieferung unverzüglich beginnen. Gegenwärtig jedoch ist Deutschland tatsächlich von Mitteln entblößt. Die Erfüllung des Ernährungsprogramms bis Ende Juni wird seine Goldreserve von 110 000 000 £ auf 60 000 000 £ herabsetzen; darunter darf sie nicht weiter fallen ohne den endgültigen Zusammenbruch des deutschen Währungssystems, und ebenso werden sich auch bald Deutschlands gesamte bekannte Bestände an sofort verkäuflichen oder beliebaren ausländischen Sicherheiten, soweit sie durch Requisition in Anspruch genommen sind, erschöpft haben . . . Wenn diese Reparationsverpflichtungen nicht wären, glaubt der Ausschuß, daß Deutschland . . . imstande sein würde, auf privatem Wege umfangreiche Kredite zu erhalten, aber seine unbestimmt und außerordentlich großen Reparationsverpflichtungen vermindern diese Möglichkeiten beträchtlich. . . . Der Wert der Mark ist im Verhältnis zum Dollar jetzt bereits auf weniger als ein Drittel ihres Pariwertes gesunken. Da die Preise für Rohmaterialien, in Dollar ausgedrückt, gegenüber der Vorkriegszeit um das Zweieinviertelache gestiegen sind, so folgt daraus, daß die eingeführten Rohstoffe in Mark etwa siebenmal so viel kosten werden, als ihr Vorkriegspreis betrug. Da Deutschland lange Zeit hindurch von der Einfuhr abgeschnitten war, haben sich seine inneren Preise diesem Standpunkte nicht angepaßt. Bezuglich der eingeführten Lebensmittel berichten die militärischen Autoritäten des besetzten Gebietes, daß die Preise in Anbetracht der Kaufkraft der gesamten Bevölkerung, mit Ausnahme von 5 v.H., so hoch sind, daß, selbst wenn Nahrungsmittel zur Verfügung ständen, sie nicht verkauft werden könnten, falls nicht die deutsche Regierung oder die Besatzungsmacht Zuschüsse leisten. Falls jedoch die deutsche Regierung die importierten Artikel unter Preis verkauft, wird ihre finanzielle Lage verzweifelt und eine weitere Inflation unvermeidlich werden. — Der Ausschuß hat der deutschen Lage einen befürchtlichen Raum gewidmet, da nach seiner Meinung hier der Schlüssel zu dem ganzen europäischen Finanzproblem liegt."

Der Viererrat hat, wie Baker mitteilt, diese Denkschrift niemals ernstlich erwogen.

4. Juni 1919.

Wilson erklärt im Viererrat zur Frage der Rüstungsbeschränkung bei den kleineren Nationen: „Die größeren Mächte dürften in eine etwas peinliche Lage geraten, wenn sie (von den kleineren Staaten) vor die Frage gestellt würden, ob sie bei sich selbst die Rüstungsbeschränkung durchzuführen beabsichtigen. Die Antwort würde lauten: ja, der Völkerkundsrat soll einen diesbezüglichen Plan vorlegen.“ Hierauf würden die Verleiher der kleinen Staaten erwidern: „Habt ihr euch zu seiner Annahme verpflichtet?“ und die größeren Mächte würden hierauf mit einem „Nein“ antworten müssen.“

9. Juni 1919.

Wilson erklärt im Viererrat: „Er sei von seinen Sachverständigen gewarnt . . . daß sich, falls der Friede nicht sehr bald unterzeichnet werde, sehr ernste Folgen für die

ganze Welt ergeben würden, nicht nur für den Feind, sondern für alle Staaten. Der Handel könnte nicht in Gang kommen, ehe nicht der gegenwärtige Vertrag unterfertigt und in Ordnung gebracht sei. Danach sei es nötig, die Finanzen zu ordnen; und der einzige Weg hierzu sei die Aufstellung irgendeines Kreditplanes. Er wünsche mit großer Feierlichkeit zu betonen, daß, falls Deutschland nicht ein genügend großer flüssiger Aktivbestand, zusammen mit einer Goldbasis, belassen werde, Deutschland nicht in Lage sei, seinen Handelsverkehr wieder in Gang zu bringen, noch Reparationen zu leisten. Sein eigenes Land sei bereit, große Summen zur Wiederherstellung des Kredites zu beschaffen. Doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen werde der Kongreß nicht einen Dollar bewilligen, und er könne von den Bankiers der Vereinigten Staaten nicht verlangen, daß sie Kredite einräumen, wenn Deutschland keine Aktivbestände habe . . . Soße sich daher der Handel wieder beleben, so müßten Schritte unternommen werden, um die Kreditfähigkeit wiederherzustellen, und falls Deutschland nicht für seinen eigenen Bedarf ein gewisser Kredit eingeräumt werden könne, würden sich die Alliierten ohne Reparationen befehligen müssen.“

10. Juni 1919.

Wilson erklärt im Viererrat: „Fall Deutschland nicht eine gewisse Menge Rohstoffe erholt und ihm nicht ein gewisser flüssiger Aktivbestand zugebilligt werde, würden (von ihm) auch keine Reparationen zu erhalten sein.“

Clement C. H. erwidert: „Das heißt die Welt gänzlich auf den Kopf stellen. Nicht die Sieger, sondern die Besiegten würden auf diese Weise am besten herauskommen.“

16. Juni 1919.

Der Generalsekretär der Friedenskonferenz Dulasta überreicht um 6½ Uhr abends der deutschen Delegation die Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die deutschen Gegenvorschläge, sowie eine dazugehörige Mantelnote und den Entwurf eines Abkommens über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete (Rheinlandabkommen). Dulasta verlangt dabei innerhalb fünf Tagen Antwort, ob die deutsche Delegation gewillt sei, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Ministerialdirektor Simons bezeichnet die Frist als zu kurz bemessen. Dulasta erschien darauf nochmals in Versailles und erklärte, die alliierten und assoziierten Mächte hätten sich bereit erklärt, die Frist um 48 Stunden zu verlängern.

Die Mantelnote erklärt, der deutsche Proletat gegen den Frieden als einen Gewaltpfrieden beweise, daß die deutsche Delegation die Lage, in der sich Deutschland befindet, gänzlich verkenne. „Die deutsche Delegation scheint zu denken, Deutschland habe nur „Opfer zu bringen, um zum Frieden zu gelangen“, als ob dieser Friede einzig und allein nur der Abschluß eines Kampfes um territoriale und Machtgewinn wäre. Infolgedessen halten es die alliierten und assoziierten Mächte für erforderlich, ihre Antwort mit einer scharf umrissten Darlegung ihres Urteils über den Krieg zu beginnen.“ Nach ihrer Ansicht sei der Weltkrieg „das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat“. Die Regierenden Deutschlands hätten die Vorherrschaft in Europa angestrebt, Europa durch Gewaltandrohungen in einem Zustande der Götter erhalten, den Krieg entfesselt und sich jedem Versöhnungsversuche entzogen, bis es zu spät war. Deutschland sei aber ferner auch für die rohe und unmenschliche Führung des Krieges verantwortlich; sein Verhalten sei in der Geschichte beispiellos. „Die schreckliche Verantwortlichkeit, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassend zum Ausdruck bringen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als zwanzig Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannen hat befriedigen wollen. Die alliierten und asso-

zierten Mächte halten dafür, daß sie denen, die ihr alles dahingegeben haben, um die Freiheit der Welt zu retten, nicht gerecht werden würden, wenn sie sich damit abfinden würden, in diesem Kriege kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen das Recht zu erblicken . . . Die Gerechtigkeit ist also die einzige mögliche Grundlage für die Abrechnung dieses furchterlichen Krieges . . . Aber es muß eine Gerechtigkeit für alle sein. Es muß das sein die Gerechtigkeit für die Toten, für die Verwundeten, für die Waisenkinder, für alle, die in Trauer sind, auf daß Europa von dem preußischen Despotismus erlöst werde. Gerechtigkeit muß den Völkern zuteil werden, welche heute unter einer ungeheuren Last von Kriegsschulden, die sich auf mehr als dreißig Milliarden Pfund Sterling beziefern, . . . fast zusammenbrechen . . . Einer muß unter den Folgen des Krieges leiden. Wer soll leiden? Deutschland oder nur die Völker, denen Deutschland Böses zugefügt hat? . . . "Die Revolution in Deutschland könnte die Liquidierung des Krieges nicht berühren, da das deutsche Volk und seine Vertreter die Verantwortung für die Politik ihrer Regierung geteilt hätten. Der vorgeschlagene Frieden sei ein Redtsfrieden. Er entspreche sowohl hinsichtlich der territorialen Änderungen als hinsichtlich der internationalen Kontrolle der Flüsse dem vereinbarten Friedensgrundlagen. Der sofortige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könne nicht zugestanden werden. „Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Stimmung unter den Völkern der Welt es nicht möglich, zu erwarten, daß die freien Völker der Erde sich sofort in gleichberechtigter Gemeinschaft mit jenen zusammen melden lassen, von denen sie so schweres Unrecht erlitten haben.“ „Zum Schluß müssen die alliierten und assoziierten Mächte es offen aussprechen, daß dieser Brief und die angeschlossene Denkschrift letztes Wort in der Angelegenheit darstellen.“ Sie fordern daher eine Erklärung der deutschen Delegation binnen fünf Tagen . . . daß sie bereit ist, den Vertrag in seiner heutigen Gestalt zu unterzeichnen.“ Erfolge diese Erkündigung, so würden Vorbereitungen für die sofortige Unterzeichnung in Versailles getroffen werden. Bleibe die Erklärung aus, so gelte diese Mitteilung als Kündigung des Waffenstillstandes. Die alliierten und assoziierten Mächte „werden diejenigen Schritte ergreifen, die sie zur Erzwingung ihrer Bedingungen für erforderlich halten“.

VI. Die Unterzeichnung

19. Juni 1919.

Die von der deutschen Regierung ernannten Sachverständigen fassen in ihrer Vorbereitung über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedensvertrages und über die Frage seiner Unterzeichnung einstimmig einen Beschuß, der mit der Feststellung endet: „Es ergibt sich also die wirtschaftliche Unmöglichkeit, die neuen Ententebedingungen zu erfüllen. Einen nicht erfüllbaren Vertrag zu unterzeichnen verbietet die Achtung vor der Vertragsfreude und vor sich selbst.“

19. Juni 1919.

Das Kabinett Scheidemann-Graf Brockdorff-Rantau fordert von den Regierungsparteien der Nationalversammlung eine formulierte Erklärung, daß entsprechend dem Antrage des Zentrums den feindlichen Mächten neue Gegenvorschläge gemacht und verlangt werden soll: 1. Daß Zugeständnis, daß Deutschland nicht allein die Schuld am Kriege auf sich zu nehmen habe; 2. die Erfüllung der Forderung, daß die deutschen militärischen Führer und Politiker, deren Auslieferung der Vertrag verlangt, nicht ausgeliefert werden müssen; 3. das Zugeständnis, daß die wirtschaftlichen Bedingungen un-

Das einzige bedeutende Zugeständnis der Alliierten besteht in der Zulassung der Volksabstimmung in Oberschlesien.

16. Juni 1919.

Marschall Foch wird vom Viererrat aufgefordert, endgültige Einzelheiten seines Planes zur Niederzwingung Deutschlands in dem Falle vorzulegen, daß die Deutschen die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigern. Er schlägt vor, auf der Grundlage einer separatischen Politik vorzugehen. Seine Truppen seien zahlmäßig zu schwach, um weit in Deutschland vorzudringen, und ohne geeignete Mittel zur Flanken- und Rückensicherung. Dem allgemeinen Eindruck, daß Foch sich nicht durch militärische, sondern politische Erwägungen (französische Rheinpolitik) leiten läßt, gibt Lloyd George mit den Worten Ausdruck: Er fürchte, daß Marschall Foch Politik und Strategie durcheinander menge. Er hoffe, daß Marschall Foch sich nicht verlegen möge, wenn er sage, daß er befürchte, sein Urteil in politischen Dingen sei geeignet, Zweifel über sein Urteil auf strategischem Gebiete zu erregen. Selbst Clemenceau verwirft Fochs Plan als närrisch und für das Ansehen der Alliierten gefährlich.

16. Juni 1919.

Wilson, Clemenceau und Lloyd George unterzeichnen eine „Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs bezüglich der Besetzung der rheinischen Provinzen“. Diese besagt u. a.: „Die alliierten und assoziierten Mächte beabsichtigen nicht, die Zeit der Besetzung auszudehnen, bis die Reparationsbestimmungen vollständig ausgeführt worden sind.“ „Da die Kosten der Besetzung eine entsprechende Verminderung des für die Reparationen verfügbaren Betrages bedeuten, so haben die alliierten und assoziierten Mächte in Art. 431 des Vertrages bestimmt, daß, wenn vor dem Ende der 15jährigen Frist Deutschland alle seine Verpflichtungen . . . erfüllt haben¹⁾ sollte, die Besatzungsgruppen sofort zurückgezogen werden sollen. Wenn Deutschland vor Ablauf der Frist seinen guten Willen und befriedigende Garantien gäbe, die die Erfüllung seiner Verpflichtungen gewährleisten, dann werden die interessierten alliierten und assoziierten Mächte bereit sein, unter sich ein Abkommen zwecks früherer Beendigung der Besetzungseit zu treffen.“ Sobald Deutschland in befriedigender Weise abgerüstet habe, sollen die von ihm zu bezahlenden Besetzungskosten jährlich nicht mehr als 240 Millionen Mark befragt.

erfüllbar seien und daß hier eine Milderung durch spätere Verhandlungen erreichbar sei. Die Ablehnung dieser Forderungen durch die Feinde soll für Deutschland die Nichtunterzeichnung zur Folge haben. Da diese Erklärung von den Fraktionen nicht zu erreichen ist, trifft das Kabinett zurück.

Reichsaufßenminister Graf Brockdorff-Rantau sagt in einem Schreiben an Reichspräsident Ebert zur Begründung seiner Demission u. a. folgendes: „In vollem Bewußtsein habe ich für den kommenden Frieden gewisse Mindestforderungen in so scharfer Form aufgestellt, daß ich sie nicht fallen lassen kann, ohne mich als ernst zu nehmen den Politiker selbst auszuschalten. . . Ich bin von Versailles zurückgekehrt in der zuversichtlichen Hoffnung, mit meiner Politik zu einem Erfolge zu kommen, wenn das deutsche Volk hinter mir stand und bereit war, die schweren Gefahren, mit denen die Feinde es bedrohten und einzuschüchtern versuchten, und die ich keineswegs verkenne, auf sich zu nehmen. Die Verhandlungen in Weimar haben mich überzeugt, daß Gründe der inneren Politik, besonders die überwiegende Auffassung von dem seelischen Zustand unseres schwergeprüften Volkes, es für die Regierung unmöglich erscheinen lassen, den Einsatz zu wagen, ohne den mein Spiel nicht gewinnen kann.“

¹⁾ In Art. 431 heißt es nicht „erfüllt hat“, sondern „erfüllt“

Arno Holz / gestorben am 26. Oktober 1929

Von Alfred Wolfenstein

Unsere Zeit geht der Tod, richtiger das Leben dieses Dichters und Kämpfers ganz unmittelbar an. Denn die sozialen und künstlerischen Fragen der Gegenwart treffen wie mit geradzu verblüffender Deutlichkeit Iden in seinen mit diesen Problemen experimentierenden Werken. Er hat die starke Betonung der Technik aus der täglichen Wirklichkeit in die Kunst überführt, er hat die Sprache des Tages für die „eigentlich künstlerische“ erklärt und hat die kollektive Zusammenarbeit bereits bewusst verwirklicht. Wir denken an Inszenierungen des heutigen Zeittheaters, wenn wir für den Beginn seines Dramas „Ignorabitus“ vorgeschrieben sehen: Wollschäften, bald fern, bald nah tretende Autos, eintöniges Straßengetreppe, Klingeln. In seinem „Buch der Zeit“ gibt das Volksgewühl den lyrischen Ton an und der Rang der Telegraphendrähte, das Dröhnen der arbeitenden Hämmer, der Schrei der Spatäler und Gesängnisse. Kein Wunder, daß ihm ein Kritiker von damals angesichts solcher scharfer Dinge zielte, lieber Effigiefabrikant zu werden.

Der im siebten österreichischen Ort Rosenburg 1865 geborene Arno Holz kam schon früh nach Berlin. Er verließ diese Stadt nur zu kurzen Aufenthalten in Holland und in Paris, wo er Sola studierte, als Vorbild seines „konsequenteren Naturalismus“. Aber er übertrumpft ihn noch mit der fanatischen Formel: „Kunst ist Natur minus X – je kleiner das X, desto größer die Kunst.“ Nachdem er mit einem bet Poeten ähnlichen Singingbuch begonnen hatte – als der spätere Feind aller „flüderfülligen Aphoristen“ –, errichtete seine Novellentrilogie „Papa Hamlet“, Untergänge eines alten Schauspielers und eines Schuhkindes, Studien, in denen er einen Jahrmarkt oder einen Tod mit gleich meisterhafter Genauigkeit schildert und selbt durch die verschiedenen Größen der Deutbuckstaben ein Jöll und einen erregten Jubel wiederzugeben sucht. Mit Johannes Schlaf zusammen schreibt er dann als ein Muster seiner Theorien die

„Familie Selts“ ein Drama des Elends zwischen nahen Angehörigen; eine Tochter verzichtet auf ihr Glück, um gegen Not, Tod und Unfrieden in der engen Wohnung der Eltern ein Gegengewicht zu geben. Da augenblicklich Berlin im Vordergrunde der Dichtung steht, sei erwähnt, daß Arno Holz damals eine ganze Serie von zehn Städten plante: Berlin. Das Ende einer Zeit.“ Es folgte die Komödie „Sozialaristokrat“, genannt der Friedecksdagener literarischen Kreis. Aber seine eigentliche Höhe erreicht er im „Phantasmus“, den man dem Inhalt wie dem Umfang nach ein wahres Riesenbuch nennen kann. Diese Gedichte, in bald kurzen, bald unendlichen Verszeilen, wiesen schon als Drudbild wie ein Wald unregelmäßig verzweigter Bäume. Freie Rhythmen genügen ihm für diese Wildnis nicht, es müssen notwendige, natürliche Rhythmen sein; denn selbst in Whitmans Versprosa heißtt ihn noch zwiel Pathos.

Es macht nichts, daß Arno Holz dann die reimtrophen „Dafnislieder“ verfaßte, die zu seiner „Revolution der Lyrik“ gewiß nicht passten, und den „Traumulus“, der mit dem Erfolg eines Unterhaltungsstückes über alle Bühnen ging. Dieser unbedachter blieb sein Drama „Sonnenfinsternis“, das eine Einigung der Menschheit in der Vision eines Alls umfassenden Naturereignisses gestaltet, und die Tragödie „Ignorabitus“, deren gewaltige Ausmaße es bisher nur zu Plänen einer Theateraufführung kommen ließen.



Nach dem Leben skizziert von Harald Glensstein

Sein starkes Werk hatte den Dichter so wenig vor Armut gefürchtet, daß er sich eine Zeitlang durch Kinderkleidzeug, laufende Mäuse, ernähren mußte. In diesem Jahre sollte er für den Nobelpreis vorschlagen werden. Aber er starb, für die notwendige Umgestaltung der Literatur ins Leben bedeutet Arno Holz viel, er war eine der entschiedensten Dichterpersönlichkeiten der Epoche und, wie er selbst sich nannte, „des Zeitalters geistiges Stothenfeuer“.

Zur Zeitgeschichte

Fürst Bülow †.

Fürst Bülow war der glänzendste staatsmännische Repräsentant einer Zeit, die für uns Deutsche von heute schon vor Geschichtsverstarrt ist und die auch die Kritik des Fortchers nicht mehr aufsummt zu den Zwecken aktueller Polemik oder Belebigung. Einzig die Person des Altreichskanzlers Bülow umpepte noch eine lebendige Ära der Politik. Er hat es in seine letzten Lebensjahre hinein an der öffentlichen Entwicklung seines Vaterlandes regen Anteil genommen und beispielweise auch dem ihm im Tode vorangegangenen Stresemann, der ihm in vielerlei gedenkenswerten Werten wertvollen Rat gegeben.

Es ist heute leicht und allzu billig, von einem Anstoß der Bülowischen Außenpolitik zu sprechen. Innerhalb seiner Führerepoché hat er für Deutschland die sämtlichen Möglichkeiten, die irgendwie erreichbar waren, aus der internationalen Lage herausgeholt. Man hat ihn den „Bismarck Wilhelms II.“ genannt, ein Schlagwort, das allerdings auch die ganzen Gedankenfehler derartiger Prägungen enthält. Gewiß, er war „wilhelminisch“ bis auf die Knochen, aber

er zeigte zumeist die von diesem System ausstrahlenden Lichter. Unter Billows Regime erreichte Deutschland den Höhepunkt seiner Großmachtstellung. Dieser großartige Diplomat alter europäischer Schule suchte aus innerpolitischer Führer im Rahmen der gegebenen Verhältnisse ganz modern zu sein. Ein norddeutscher Junfer, der die Bedeutung des Liberalismus und des freiheitlichen Fortschritts erkannte und fruchtbar machen wollte. Man könnte ihn den ersten deutschen Kanzler nennen, der sich vom Parlament fürzten ließ, als sich seine Bürokratie auflöste.

Schon Billows Vater war Staatssekretär des Auswärtigen gewesen, aber er selbst war kein Erbe, sondern ein Mann mit eigener Entwicklung. Billow wollte das Reich aus seiner alten mittel-europäischen Mission heraustragen in eine Weltpolitik, die dem ungeheuren Expansionsdrang deutschen Schaffens entsprach. Dass dieser Weg schwere Gefahren mit sich brachte, war ihm niets bewußt. Heftlich suchte er diese Wetterwolken nicht durch die Verbündigung mit England abulenken, sondern durch gigantische Steigerung deutscher Machtmittel und durch die Schöpfung unperfektionistischer Sehnsucht. Billows Ansehen im Auslande war in der Tat ja einzigartig, man traute ihm Meisterschaft zu und verließ sich auf Großmächtigkeit oft aus seine Gesellschaft. Seine verschiedenen Tellerjalousen brachten ihm als äußere Anerkennung den Grafen und den Fürstentitel ein; er hatte den Mächtige wiederholt einen klängenden Applaus, freilich trugen gerade seine imperialistischen Erfolge den Keim neuer Verhinderungen in sich.

Billow war eine Natur von bescheidendem persönlichen Zauber, elegant, gesellig, liebenswürdig, vorurteilslos, humorvoll. In seiner kulturellen Neigung bestärkte ihn seine hochkünstlerische, grundtätige Gattin, die sich in der Berliner Gesellschaft einer wohlverdienten Beliebtheit erfreute. Diese italienische Prinzessin, die in Deutschland ihre Wahlheimat fand, verknüpfte ihn noch enger mit den großen diplomatischen Traditionen des 19. Jahrhunderts. Italien und Deutschland waren ja durch die Staatskunst aristokra-



Innenhalb seiner Führerepoché hat er für Deutschland die sämtlichen Möglichkeiten, die irgendwie erreichbar waren, aus der internationalen Lage herausgeholt. Man hat ihn den „Bismarck Wilhelms II.“ genannt, ein Schlagwort, das allerdings auch die ganzen Gedankenfehler derartiger Prägungen enthält. Gewiß, er war „wilhelminisch“ bis auf die Knochen, aber

tischer Politik der nationalen Erfüllung ihres Einheitsstrebens entgegenkriegt. Bülow versuchte nach Ausbruch des Weltkrieges die alte deutsch-italienische Freundschaft durch die Kriegsfürze zu steuern. Wenn das auch ihm, dem Kundiigen, Vielgewandten, trotz alter Sympathien, die das Fürstenpaar in Rom befugt, nicht gelang, so war es nicht seine Schuld.

Im Frühjahr 1929 konnte Bülow, der kurz zuvor durch den Verlust seiner Gattin schwerlich getroffen war, unter den aufdringlichen Wünschen ganz Deutschlands seinem achtzigsten Geburtstag feiern. Damals hoffte man, daß der körperlich und geistig rüstige Geist seinen Lebensabend noch langer fortsetzen würde. Nun ist er von uns gegangen, und die Nation betraut einen Veteranen ihrer Geschichte, dessen Gestalt stark eingemehlt in den Bergen deutscher Erinnerung steht.

Schuh-Pfälzer.

Der neue Dornier X.

Über die Fläche des Bodensees gleitet ein Flugboot dahin. In donnerndem Rhythmus trommeln 600 Motorpferde ihr wildes Ried und lassen acht mächtige Propellerdurchläufe wirbeln. Immer schneller wird die Fahrt, immer kleiner die Bugwelle. Jetzt hebt sich das Vorderteil des 55 Meter langen Bootes aus dem Wasser, jetzt reißt sich der ganze Bootskörper vom Seespiegel los und steigt hoch in die Luft. Eine Kraft von 50 000 Kilogramm schubt frei, steigt hoch und immer höher und jagt mit 200 Stundenkilometern durch den Alpenraum.



Die Jungfernreise des Do X

macht. Unvergleichlich bleibt für alle, die es mit ansehen, dieses Schauspiel, wie der riesige Bau aus schimmerndem Leichtmetall die Schwere überwand, das Wasser verließ und schließlich zum winzigen Pünktchen in blauer Höhe wurde. Fast überwältigender noch der Anblick, wie das Flugzeug zurück und sanft und sicher wie ein fliegendes Schwan wieder auf den Seeplatz aufsetzte. Auch ohne besondere Phantasie begreift man es, daß die Luftboote dieses Typs schon im kommenden Jahre einen absolut sicheren und sauberplanmäßigen Verkehr zwischen den europäischen Mittelmeerlandern und ihren afrikanischen Kolonien aufnehmen werden. Viel schwerer aber ist es für den Laien, den ungeheuren technischen Fortschritt zu würdigen, der hier gemacht wurde. Denn eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Verbesserungen und Erfindungen mußten zusammenkommen, um das zu schaffen, was jetzt als Dornier X durch die Lüfte elli.

Auf den ersten Blick verblüfft die Größe dieses Vogels, dessen Schwung 75 Meter kosten. Gewiß ist sie wichtig und wesentlich, denn auch die Flugweise gilt innerhalb weiter Grenzen das von Segelfliegern und Luftsachsen der bekannte Gesetz, daß ihre Größe proportional ihrer Größe wächst. Die Grenze, innerhalb deren dies Gesetz zutrifft, ist auch vom Dornier X noch bei weitem nicht erreicht, und kommende Jahre werden uns höchst wahrscheinlich noch wesentlich größere Konstruktionen bringen. Immerhin bedeutet dieses Boot den ersten zielfbewußten Schritt auf einem als richtig erfundene Wege.

Andere wesentliche Neuerungen und Verbesserungen lernt der Besucher erst bei der Besichtigung des Flugschiffes in seinen Einzelheiten kennen. Welch gewaltiger Fortschritt von den einfachen Leinenwandsflächen vergangener Jahre zu den riesenhaften metallischen Hohlkörpern, die hier die Schwungen bilden und in ihrem Inneren nicht nur die Salons und Kabinen der Flugzeuge, sondern auch die Lagerräume für den Treibstoff enthalten. Gebilde sind es, in denen Tausende von Menschen tanzen,

musizieren und speisen, und die dabei in ihrem Äußeren dem Profil der idealen Vogelschwinge so genau nachgebildet sind, daß sie mit einem Minimum von Motorkraft durch die Luft dahinschweben. Ein Meisterstück der Ingenieurkunst ist schließlich das Hochwerk, das diesem Bau die notwendige Versteifung und Tragkraft verleiht. Reine Freude bereitet der Anblick dieses Riesenwalses jedem Beobachter. Eine noch größere aber dem Techniker, der hier den Anfang einer neuen und vielversprechenden Entwicklung zu sehen glaubt.

Hans Dominitz.

Regierungsumbildung in Frankreich.

In Paris ist ganz unerwartet das Ministerium Briand, das zwölftes, das Briand bisher geleitet hat, gefürtzt worden. Es verzerrt mit elf Stimmen in die Minderheit über die Frage, ob eine Disziplin der Haager Abkommen sofort oder erst, wenn die zweite Haager Konferenz festgestanden hat, beginnen sollte. Gefürtzt wurde das Ministerium in der Hauptstadt durch die Stimmen der beiden großen Linksparteien, der Radikalen und der Sozialisten, jedoch mit einem Teil der Stimmen der Rechtsparteien. Es war eine typische Zusammensetzung, die sich gegen Briand richtete, eine Mehrheit, die aus ganz verschiedenen Gründen das dritte Datum abgab, die Leute von rechts, weil sie Briands Politik Deutschland gegenüber zu entgegenkommend fanden, die Leute von links, weil sie angeblich gewisse Äußerungen aus den Rechtskreisen der Regierungsmehrheit, die gegen Briand gerichtet schienen, eine Klärung der ganzen Lage herbeiführen wollten. Aber die äußere Zulässigkeit, mit der das Kabinett Briand in die Minderheit geriet, darf nicht über die inneren Gründe seines Sturzes hinwegtäuschen. Diese werden sofort klar, wenn man sich die Mehrheitsverhältnisse in der französischen Kammer und die Politik des letzten Ministeriums Briand vergleicht. Bekanntlich haben die vorletzten Wahlen zur französischen Kammer im Mai 1924 den Nationalen Block gefürtzt und die Republikaner Poincaré verurteilten. Ihre Folge war ein Linksstabilität unter Herriot, dem dann mehrere kurze Linksbündnisse bis zum Juli 1926 folgten. Dann brachten die Währungs- und Finanznöte des Landes ein Kabinett der „nationalen Einigkeit“ unter Poincaré ans Amt, das auch die Neuwahlen von 1928 überdauerte, die keinerlei wesentliche Änderungen in der Zusammensetzung der Kammer brachten. Im Kabinett Poincaré war die eine der beiden großen Linksparteien, die Radikale, quer vertreten. Sie schieden auf Grund der Verhältnisse des radikalen Parteidongens im letzten Jahr aus, so daß das umgebildete Kabinett Poincaré sich fast ausschließlich auf die Rechts- und Mittelparteien stützte. Als Poincaré wegen seiner Krankheit diesen Sommer aus dem Kabinett ausschieden mußte, übernahm Briand die Ministrärspräsidentschaft über das Raum veränderte Kabinett. Es ergibt sich also, daß seit dem Sommer 1926 die Rechte im Kabinett den ausschlaggebenden Einfluß hatte, obwohl die Linke in der Kammer die starke Position bejat. Diese Anomalie war urprünglich hervorgerufen durch die Währungs- und Finanznöte, aus denen nun Poincaré die Rettung ziehen zu können schien. Sie wurde aufrechterhalten durch die Drohung weiteren Währungssturms und durch die überzogene Autorität Poincarés, aber nur unwillig von der Linken ertragbar. Diese Unzufriedenheit der Linken mit einem Rechtskabinett ist der tiefste Grund des Sturzes von Briands Ministerium. Logisch wäre nun die Bildung eines Linksbündnisses unter radikalem oder sozialistischer Führung. Der Leiter der radikalen Partei, Daladier, hat die Bildung eines solchen Kabinetts auch verucht, ist aber an der Weigerung der Sozialisten sich daran zu beteiligen gescheitert. Nunmehr ist ein Kabinett auf der Grundlage einer Koalition der Radikalen und der Mittelparteien das wahrscheinlichste.

Zündholzanleihe.

Es werden in Deutschland jährlich etwa 220 000 Kisten zu 1000 Paketen von 10 Scheiteln mit je etwa 60 Zündholzstäben hergestellt und verbraucht. Rund 20 000 Kisten werden von der G. E. G. — Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine — erzeugt, von den 200 000 sonstigen Kisten werden etwa 150 bis 180 000 in den deutschen Betrieben des schwedisch-amerikanischen Zündholzolymus fabriziert. Der übrige Teil der deutschen Produktion wird in etwa zwei Dutzend sonstiger, mehr oder weniger bedeutender Betriebe hergestellt.

Die Russen haben in diesem Jahre auf dem deutschen Markt ihren Einbruch erstaunlich vergrößert. Man spricht davon, daß es ihnen gelungen ist, in den ersten acht Monaten Zehntausende von Kisten abzuführen.

Das normale deutsche Zündholz — wenn man so sagen darf — kostet im Paket zu 10 Scheiteln 60 Höhner 25 Pfennig. Das ist das Nonplusultra aller deutschen Betriebe, die im Deutschen Zündholzsyndikat zusammengeschlossen sind. Die Genossenschaften liefern zum gleichen Preis ein Zündholz, das aus Asperholz hergestellt ist; das Konjunktionsholz des Syndikats ist zum Teil aus Pappeholz oder Tannenholz hergestellt. Das Weltholz des Syndikats ist ebenfalls aus Asperholz hergestellt; es kostet regulär im



Das deutsche Riesenflugzeug Do X
Wird in den Navigationssälen

Paket 55 Pfennig und repräsentiert etwa 50 v. H. der deutschen Süßholzproduktion.

Die Konkurrenz der Russen hat sich nicht gegen das Kämmholz, sondern mit Erfolg gegen das Weißholz gerichtet.

Auch dann, wenn der deutsche Markt durch ein geschlossenes Handelsmonopol von der ausländischen Konkurrenz befreit wird, werden nach aller Voraussicht die in Deutschland vorhandenen Süßholzbetriebe noch nicht voll beschäftigt sein. Aber wie wird sich eine ordentliche Rentabilität ergeben?

Es beachten ist, daß die Süßholzindustrie nur wenige tausend Arbeiter beschäftigt, daß der von ihr erzeugte Wert keine besondere Produktionsgröße darstellt und daß auch das in ihr angelegte Kapital nicht über wenige Dutzend Millionen Mark hinausreicht.

fortzubilden, ihre Allgemeinbildung zu heben und ihren Sinn und ihr Verständnis für die hohen amtlichen und ethischen Sonderpflichten, die ihr Beruf — ideal aufgefaßt — ihnen auferlegt. Der Wunsch nach theoretischer Fortbildung, nach der Möglichkeit stärkerer Teilnahme an den geistigen Kulturgütern und nach Steigerung der Arbeitsfähigkeit geht schon Jahrzehnte durch die deutschen Beamten. Der Wunsch ließ sich aber nicht von einzigen oder kleinen Vereinigungen einzeln durchführen, sondern nur von einer festgesetzten Organisation der Gesamtheit. Diese Organisation brachte die Gründung des Deutschen Beamtenbundes im Dezember 1918; aus seinem Schoße konnte die Verwaltungssakademie erwachsen.

Die Verwaltungssakademie ist als hochschulmäßige Bildungsanstalt aufgebaut; das Unterricht wird in laufenden Semestern vorlesungen und -übungen sowie Ferienkursen und wissenschaftlichen Wochen von Hochschulprofessoren und von wissenschaftlich und pädagogisch geeigneten höheren Beamten erteilt. Die laufenden Vorlesungen werden hauptsächlich in den Abendstunden nach Beendigung des Dienstes von den in Berlin und Umgegend wohnenden Beamten besucht, die Ferienkurse und fachwissenschaftlichen Wochen von auswärtigen Beamten, die auf ein bis zwei Wochen von ihrem Dienst freigestellt werden. Insgesamt haben in den verflossenen zehn Jahren 43 100 Hörer, darunter fast die Hälfte auswärtige, sich dem Akademiestudium unterzogen. Über eine sehr entsprechende Zusammensetzung des Lehrkörpers und eine systematische Zusammenstellung des Lehrstoffs macht die Studienleitung,

die in den Händen von Exzellenz Dr. Drews und Professor Dr. Peters bestens aufgehoben ist. Seider hat die Akademie zweimal einem Studententeil durch frühzeitigen Tod verloren; sie muß auf ihrem Festtag mit tiefer Trauer des Ministerialrats Dr. Joblinger und des Professors Dr. Kastel gedenken, deren Verdienste unvergessen bleiben werden und deren Namen unauslöschlich in die Geschichte der Verwaltungssakademie eingegraben sind. Die Lehrläufe sind so aufgestellt, daß jeder Hörer in sechs Semestern ein in sich abgerundetes Wissensgebiet bearbeiten kann; nach Beendigung eines sechsmaligen Studiums kann er sich einer Prüfung unterziehen, über deren Bescheinigung ein „Akademie-Schlußzeugnis“ oder „Diplomzeugnis“ ausgestellt wird. Jedoch haben nur wenige Hörer von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht (52); die Hörer wollen nicht Berechtigungsscheine erwerben; sie arbeiten, um ihr Wissen und Können auf eine Höhe zu bringen, die ihren Fähigkeiten und ihrer Willensstärke entspricht.

Wie die Hörer der Verwaltungssakademie an ihrem Gedenktag mit größter Dankbarkeit gedachten, so haben auch die Bedürftigen mit Dank und mit Anerkennung der Leistungen der Akademie nicht gefehlt. Die Verwaltungssakademie Berlin ist eine Bildungsstätte geworden, die aus den Einrichtungen unseres öffentlichen Lebens nicht mehr fortgadacht werden kann; ihre Arbeit kommt zwar unmittelbar den Beamten, aber mittelbar dem Staat und dem ganzen Volk zugute. Für eine glückverheißende Weiterentwicklung kann jeder Bürger ihr heute nur die besten Wünsche mit auf den Weg geben. Ministerialdirigent a. D. Daniels.

Berlin und die Jugend.

Für das gesamte Schulwesen, umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, zahlt die Stadt Berlin: 50,05 Mark für das Volksschulwesen; 41,76 Mark für das sonstige Schulwesen; 11,90 Mark für das soziale Gesundheitswesen. Diese Leistungen Berlins bewegen sich in aufsteigender Linie. Es gab im Jahre 1924: 63 städtische Sänglings-fürsorgestellen, im Jahre 1926: 74, im Jahre 1928: 79. Das Ergebnis solcher sozialen Leistung ist gleichfalls einwandfrei. Von 100 Geborenen starben 1920: 16, 1922: 8,5 Sänglinge. — Die Fürsorge für die Jugend beginnt mit der Eheberatung der Eltern, sie geht noch fort in der Schwangerenfürsorge. 1928 waren 35 städtische Schwangeren-fürsorgestellen vorhanden; die Ratjuchenden liegen von 1900 im Jahre 1925 auf 12 000 im Jahre 1927. Für die Neugeborenen gibt es zur Zeit 78 städtische Fürsorgestellen. In ihnen wird nicht nur Rat erteilt, es werden auch Nährhydratpärate verabfolgt. Milch wird geliefert, es erfolgt Bevölkerung mit Hühnchen. Die Kleinkinderfürsorge leistete 1928: 292 876 Beratungen, denen die entsprechende Behandlung unverzüglich folgte. Für rachitische, tuberkulöse und syphilitische Kinder sind besondere Vorkehrungen getroffen. Auf die erwerbstätigen Mütter wird die größte Rücksicht genommen. Die Zahl der zu

Schülärzte sind erheblich vermehrt worden, während früher auf etwa 800 Kinder je ein Arzt gekommen ist, haben seit 1922 ein Arzt und zwei Fürsorgerinnen 6000 Kinder zu betreuen. Zu den genau festgelegten Dienstobligationen der Schulärzte gehört vor allem die regelmäßige Belohnungsuntersuchung sämtlicher Kinder, daneben laufen die

Spedibus-densunter-suchungen.

Der Zeit sind in Berlin etwa 80 Schulärzte täglich, denen 140 Fürsorgerinnen beigegeben sind. Unter den Fürsorgemethoden sind besonders die Schulspisierung und die Versicklung entwickelt worden. Für die Schulzahnpflege gibt es 18 Kliniken mit etwa 60 Ärzten. Das Gesamtzahl der Schulkinder in Groß-Berlin beträgt beinahe 400 000, dazu kommen noch einige hunderttausend Kleinkinder und Schoplantafiere. 65 000 Berliner Kinder werden jährlich zu einem Erholungsenthal für 6 Wochen an die See oder ins Gebirge gesandt. Etwa 30 v. H. aller Schulkinder sind unzulänglich ernährt und daher speisungsbedürftig; die Zahl der Gespülten beträgt zur Zeit erst 17 v. H., was aber immerhin 60 000 Kinder ausmacht. Für die heranwachsende Jugend hat Berlin 85 Jugendheime, gebraucht werden 175.

Für sein Volkswellwesen wendete Berlin im Jahre 1929: 121,5 Millionen Mark auf, nicht ein-



In der neuen Krippe. Photokh., Berlin am Wedding, Berlin



Das neue Gesundheitsbüro in Berlin-Pankow



Erste städtische Hausfrauenklinik (angeliert der Luisa-Otto-Peters-Schule), Berlin O 17, Gaberne Str. 53



Tagesheim für gefährdetes Kinder, Berlin, Westendstraße. Fot.: Keystone View Co.



Berufsschule Röpenack. Phot.: Keystone View Co. Unterricht im Bäckerei.



Kindersehstelle. Phot.: Keystone View Co. der Städtischen Charité, Charlottenburg



Überwachungsstelle Presse-Photo-Ges.
im Bezirk Wedding, Moltkestr. 16, Berlin.

sehen. Die Neubauten sollen dem Programm der modernen Erziehung entsprechen; in bezug auf die moderne Volkschule bestimmt der Stadtsenat: „Die Umgestaltung der Lernschule zur Lernschule zur Arbeitschule, die in den Lehrplan hat es erforderlich gemacht, zur Errichtung des gefestigten Lehrziels die Räume nicht nur ganz anders auszuhalten, sondern den Schulen auch eine erhöhte Anzahl von Sonder-Unterrichtsräumen zur Verfügung zu stellen.“ Beim heutigen Berufsschulunterricht in jeder Berliner Volkschule gibt es jetzt besondere Zimmer für Erdkunde, Pflanzenfunde und Aquarien, gibt es Werkräume, Küchen, Büchereien, Hörsäle für Chemie und Physik, Dunkelkammern und Rundfunkanlagen. Jeder Schüler der höheren Schulen der Stadt Berlin zahlt 545 Mark im Jahre.



Berufsschule Berlin-Adenau Presse-Photo-Ges.
(Vorstandsvorsitzender beim Entwurf)

beihilfen für die Eltern bedürftiger Schüler an höheren Lehranstalten wurde 1929: eine Million Mark ausgesetzt; auch die Beiträge für freie Schulummittel der bedürftigen höheren Schüler sind dauernd ansteigend.

Umfassend und vielseitig ist das Kapitel der Berufsschule; die Zahl der Berufsschüler und -schülerinnen



Städtischer Kindergarten Photokod, Berlin-Johannisthal

anlagen, den Parken und den Wäldern, die Berlins Vermalung unterstehen. Hier bleibt zu beachten, daß die Vergangenheit für die öffentlichen Bäder Berlins sehr wenig getan hat; erst nach dem Kriege ist planmäßig die erforderliche Anzahl der Hallenbäder und der Freibäder angestrebt worden. Ein Bäderbauprogramm liegt vor. Es fordert für ein Hallenbad, das früher etwa drei Millionen kosten durfte, heute nur eine Million Mark. Jeder entbehrliche Euro soll vermieden werden. Vorgesehen sind zunächst 5 neue Hallenbäder, außerdem 8 neue Freibäder. Die Durchführung dieses Bäderbauprogramms

ist um so wichtiger, als noch immer in Groß-Berlin 74 v. H.

Berlin 1921 einen Befund von 10 528 000 Quadratmetern Ende 1929



Kinderfeier Phot.: John Graudenz



Berghaus des Bundesjugendamtes, Spielplatz Dahlem, Kreuzbergallee Phot.: Martin Rehmer

mehr und daneben 5,5 Millionen Reichsmark für Neuanlagen durch Nordostlandarbeiter. Ein einziger von den mannigfachen Wasserflächen, der Wasserport Plötzensee, ist im Jahre 1927 von 860 000 Personen benutzt worden. Dieses sind nur wenige Ziffern aus der gewaltigen sozialen, hy-



Prüfung künstlerisch begabter Presse-Photo G. m. b. H.
Schüler unter Leitung der Berufsoberaufsicht



Planschbecken im Park Lichtensee Phot.: Dieses

betrag im Jahre 1929: 122 000. Auch die Berufsschüler erhalten, soweit sie bedürftig sind, freie Lehrmittel, daneben auch die Zahlung des Fahrgeldes zum Schulbesuch. Der Jugend kommt noch ein großer Teil der Leistungen zugute, die Berlin für sein Bibliothekswesen aufwendet; der Gesamtbetrag ist bei nahe 4 Millionen Mark im Jahre.

Entscheidenden Nutzen hat die Jugend auch von den städtischen Bäderen, Grünanlagen, den Parken und den Wäldern, die Berlins Vermalung unterstehen. Hier bleibt zu beachten, daß die Vergangenheit für die öffentlichen Bäder Berlins sehr wenig getan hat; erst nach dem Kriege ist planmäßig die erforderliche Anzahl der Hallenbäder und der Freibäder angestrebt worden. Ein Bäderbauprogramm liegt vor. Es fordert für ein Hallenbad, das früher etwa drei Millionen kosten durfte, heute nur eine Million Mark. Jeder entbehrliche Euro soll vermieden werden. Vorgesehen sind zunächst 5 neue Hallenbäder, außerdem 8 neue Freibäder. Die Durchführung dieses Bäderbauprogramms ist um so wichtiger, als noch immer in Groß-Berlin 74 v. H. Berlin 1921 einen Befund von 10 528 000 Quadratmetern Ende 1929 mark und daneben 5,5 Millionen Reichsmark für Neuanlagen durch Nordostlandarbeiter. Ein einziger von den mannigfachen Wasserflächen, der Wasserport Plötzensee, ist im Jahre 1927 von 860 000 Personen benutzt worden. Dieses sind nur wenige Ziffern aus der gewaltigen sozialen, hygienischen und kulturellen Arbeit, die Berlin an seiner Erziehungsarbeit, ihre dauernd verbesserten Methoden, ihren ständig wachsenden Radius, ihre Dienstleistung und ihre Verpflichtung beschreiben sollte, müßte umfangreiche Bücher füllen. Auf jeder Seite bliebe festzustellen: Der Triumph der Selbstverwaltung und der organisierten Demokratie.



Kinderlesehalle Brunnenstraße Phot.: Vennemann



Lanzenlauf im Volkspark Niederrheine Phot.: Pacific & Atlantic

Große Spielwiese im Volkspark Niederrheine Phot.: A. Gross

Geschäftliche Mitteilungen.

Sparsohn wirtschaften

will jede sorgsame Mutter und Haushaus. Wird sie es tun, wenn sie die billigen Waren einkauft? Doch wohl kaum, denn die kluge Frau weiß, daß gute Lebensmittel, für deren Qualität und Reinheit der Verkäufer einsteht, nicht die billigen sein können, daß vielmehr Preisermäßigungen stets auf Kosten der Güte gehen müssen.

Es ist ein großer Unterschied, ob zum Beispiel Honig schlechthin angeboten wird, oder ob in sorgfältiger Auslese gewonnene Sorten geliefert werden, die natürlich etwas teurer, dafür aber an Wohlgeschmack, Aroma, Geschmak und Wirkkraft unübertrefflich sind.

Nur im garantirt reinen, goldklaren Bienehonig sind alle die Vorteile enthalten, die der Honiggenuss dem Körper bietet, der Gehalt an Vitaminen und Fruchtsäften, die Heilkraft bei Husten, Heiterkeit und anderen Erhaltungsergebnissen und die vielen dem Körper so zuträglichen Wirkstoffe. Darum wende man sich bei Bedarf an Frau Pastor Kärner Wwe., Altmühle bei Friedericusbr., Bez. Hamburg, die solche feinste Sorten liefern.

Käufe wirkt sich beim Warenversand verschieden aus; besonders empfindlich ist der Wein. Bestellungen für die Festtage sollten daher sofort erteilt werden. Wir verweisen auf das diesjährliche Weihnachtsförderangebot der Weinfabrik Sömmering, Bernstadt so (Mofel), im Prospektentwurf.

Was ist Wein? — Doch nur aufgeregter Sonnenschein. Jeder sollte daher eine gute und billige Flasche Wein trinken, so, wie er von der als Weinfabrik rühmlichsten bekannten Gräfin von Königsmarck'schen Weinkellerei in Koblenz zu den günstigsten Zahlungsbedingungen angeboten wird. — Wir empfehlen unseren geschätzten Lesern, von dem der heutigen Nummer beiliegenden Prospekt der Firma weitgehend Gebrauch zu machen.

Dem heutigen Heft liegt ein interessanter Prospekt der Deutschen Beamten-Buchhandlung G. m. b. H. bei, auf den wir unsere Leser hierdurch besonders hinweisen.

Linoleumteppiche

Läufer und Vorlagen billig. Frachtfrei dort und nach 10% Beamtenrabatt, ohne Anzahlung. Raten monatlich 10 RM. Verlangen Sie Musterauswahl franko auf 5 Tage.

Otto Sachau, Lino-Europagroßhandlung, Elmshorn H.

Wir vermieten
voraussichtlich

zum 1. 11., 1. 12. d. J.

1½-2½ Zimmer- wohnungen

in:

Berlin-Reinickendorf
Pankower Allee

Auskunft:

Vermietungsbüro der Deutschen Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbau, Gemeinnützige Aktien-Ges., Berlin-Schöneberg, Innsbrucker Straße 31

Fernruf: Stephan 5521-23

Sprachen suggestiv!

Kein Vokabellernen, keine grammatischen Übungen, kein Wörterbuch, bloßer Wortschatz. In ungeahnt kurzer Zeit Englisch, Französisch usw. gelangt meistens leicht, erhält gratis u. postfrei das aktuelle Sprachbuch: „Die psychotechnische Methode“ (481. Aufl.) überwandt von Verlag Zeitdruck, München, O 213 Bayreuthstr. 10. Gefl. Sprache angeb.

Alien Überlegen

Pflaumenmus
aus getrockneten u. frischen Pflaumen
10 Pf.-Postkarte . . . 4,40
25 Pf.-Bahnmeier . . . 4,40
K. B. 35-70 PM-A.P.H. -40
Preisbeileger, mitgeteiltes
Bestellformular, 3 hoch
Festiger Röhrenkasten 3 hoch
raffiniert 10 Pf.-Dose 2,15
Prose ab hier gegen Nachr.

Hein. Ecksin, Kaiserstraße
Magdeburg-N. 450

GERECHTIGKEIT 1900

Stoffe
als Fahrer von Freude
auf Zeitrahmung
muß der Wagen
Herrmann-Sohn
Fahrzeugbauanstalt
Gedächtnisstraße 12. 62.

Kugelkäse

rot, gesunde Ware. Abfall
2 Kilo 10 PR. 4,50
200 gr. Stückchen 4,50
100 gr. u. 1 Kilo 4,39
K. Soholt, Nurhof (Lübeck) Nr. 507

Abessinerbrunnen

kann jeder selbst anstellen.
Man schneidet
eine Zwiebel
sowie sämtliche
Ersatzteile, für
alle Pumpen
passend, sofort
hergestellt.

Illustrierte Prospekte gratis.
A. Schepman, Pumpen-
fabrik, Berlin N 300, Chanc-
cestraße 88

Teppich

Boschi-Texpiche Axminster-Texpiche Velour-Texpiche
ca. 140x200 J.M. 31,- J.M. 31,- J.M. 35,-
175x250 . . . 49,- . . . 49,- . . . 54,-
200x250 . . . 65,- . . . 65,- . . . 65,-
250x300 . . . 85,- . . . 85,- . . . 85,-
Treppenläufer ca. 70 cm breit Kosten J.M. 24,- Boschi J.M. 32,- Velour
J.M. 31,- Tagesdecken J.M. 13,75 Tischdecken v. J.M. 7,- Divandecken v. J.M. 17,- an
Uhr-, Kork-, Ornate-, Japone- u. Inland-Linoleum. Strahlglas
bei Rücksendung 1/4, Ausverkauf auf Großpreis, ausgespannen Umdrehen und Markierung

vogel
BERLIN
Potsdamerstr. 14
Nähe Potsdamer Platz

Nur Zivil- und Staatsbeamten

Haben wir seit 1884 direkt ab unser Fabrik

Oberbett

Unterbett, Plombeaux
und Kissen, Bettfedern
und Daunen

streng diskret, gegen 9 Monate Ziel, ohne
Anzahlung und monatliche Ratenzahlung.
Erste Rate: Monat nach Lieferung.
Jedes Bett wird an jeden Kunden nach ge-
trouffener Wahl besonder angefertigt.

Minderwertige Ware

Hören wir nicht.

Ld. amt. notarieller Bestätigung:

1. Über 400 000 Kunden in mehr als 10 000 Orten.
2. Über 100 000 Kunden haben zum 2. Mal und über nachgestellt.
3. Welt-Marktführer, soviel daß soch gute Bettdecken am eigenen Platzie zu gleichen Preisen nicht zu kaufen sind.

Gebr. Passmann A.-G.

Köln 149, Trierer Straße 13.

Größtes Spezialgeschäft Dentschland.

Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste,
auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

Abstehende Ohren



verliehen dem Gesicht
ein schönes und oft
attraktives Aussehen.

Sie sind oft von Ursache
zu Spülstellen, Venen
oder „Rectodot“ an.

Ver Gebrauch
durch „Rectodot“ anliegend,
ohne daß das Hilfsmittel sichtbar ist. Nach einiger Zeit
nimmt die Ohrmuschel die verbesserte Form
dauernd an. Keine Injektion, sond. schmerzlose
Äußerliche Anwendung. Garantie für Unschädlichkeit. Preis Mk. 5,75. Dr. Nach, durch
Schröder-Schenke, Berlin W 163, Potsdamer Str. 26 b

Moselwein . . . ?

dann nur von der Quelle!
Weltberühmt schlägt
Bernardus 40 (Mosel).

Laufende Anerkennungen:

Teitzkling 1
Werbeschreib
WEIHNACHTEN 1

22 er Messingkäse M. 0,05
28 er Schwarze Käse M. 1,25
27 er Gläserner Bruder-
schaft M. 1,50, 27 er Zeitlin-
gen Hirschhorn M. 1,50,
27 er Eisbach M. 0,90,
4,50, Rotwein M. 1,15 p. fl.

Glas und Kiste liebhwein,
Bestellung und Preislisten
unter Berücksichtigung
der Käse des Vors. behiel-
det. Zahlung ab Januar 1930

Fahrk von Berriescher

NISTHÖHLEN

HERM., SCHEID., BÜREN

(WESTL.) KUNERSDORF

b. Frankfurt (Oder).

nach Böhmen (West). Elma-
ssche Firma, die nur streng

nach Vorschrift und
unter Kontrolle des

Firmen v. Berriescher

arbeitet. Preisliste

auch über 1000

Sorten kostengünstig

HERMANN ONCKEN

Nach 10 Jahren

I. VERSAILLES

Ansprache im Rundfunk am 28. Juni 1929

II.

REDE BEI DER VERFASSUNGSFEIER der Berliner Hochschulen am 27. Juli 1929

Vor zehn Jahren, nach dem äußeren und inneren Zusammenbruch des Deutschen Reiches, erwuchsen zwei riesengroße Aufgaben: die Sicherung des äußeren Friedens und die Schaffung einer neuen Verfassung im Innern. Unter diesem Gesichtspunkt sind hier die beiden Reden, die an den Gedenktagen der beiden wichtigsten politischen Ereignissen der Nachkriegszeit, des Friedensschlusses von Versailles und der Verfassung von Weimar, von dem bekannten Historiker der Berliner Universität Prof. Dr. Hermann Oncken gehalten wurden, zu einem Bändchen vereinigt. Oncken, als Historiker berufen, die politischen Ereignisse in den Blickpunkt weltgeschichtlicher Allgemeingültigkeit zu rücken, und doch lebendig genug in der Gegenwart stehend, um ihre Dringlichkeit und die sich aus ihnen ergebenden politischen und ethischen Notwendigkeiten zu empfinden, behandelt den Vertrag von Versailles und seine politischen und moralischen Folgen für das deutsche Volk und würdigte die deutsche Reichsverfassung in ihrer historischen und aktuellen Bedeutung. Gemeinsam ist beiden Reden die ethische Forderung von der Pflicht der Mitarbeit am Wiederaufbau des deutschen Volkes. Oncken enthalt sich jeder einseitig parteipolitischen Stellungnahme. Wenn er auch, wo es angebracht ist, etwa bei der Kritik der Friedensbedingungen, sich nicht scheut, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, so wahrt er doch immer jene wissenschaftliche Objektivität, die den Historiker vor dem Leitartikel, den Gelehrten vor dem Volksredner auszeichnet. So gewinnen diese Reden über ihren aktuellen Anlaß hinaus geschichtlich bedeutsamen, zeitdokumentarischen Wert

Preis RM. 1.80

ZENTRALVERLAG · GMBH · BERLIN W35

Notieren Sie bitte:

42000 Bezieher

unserer Zeitschrift setzen sich ungefähr wie folgt zusammen:

- 22 000** höhere Beamte in Reich, Ländern und Gemeinden
- 10 000** Lehrer aller Gattungen, vom Hochschulprofessor bis zum Dorfschullehrer
- 3 000** Auslandsdeutsche, vornehmlich Konsulatsbeamte Europas
- 2 000** Prominente aus dem politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben
- 5 000** Amtsstuben, Konferenzzimmer, Bibliotheken, Lesezelle

Lesen Sie bitte weiter:



OTTO MACK

BERLIN O 17,
AM OSTBAHNHOF 12

POSTSCHENKOKONTO: BERLIN 38730

INNSERAT: 2. AUS. 1929

BERLIN, den 1. August 1929.

An die

Amtsmeine- Expedition

Dr. Walter Setzenfand

Berlin S. W. 45.

Friedrichstr. 239.

Ich danke Ihnen, dass Sie mich auf die Zeitschrift "Der Heimatdienst" wegen Inserierens aufmerksam gemacht haben und ich kann Ihnen mitteilen, dass der Erfolg meines Inserates ein sehr befriedigender war. Ich habe bereits auf das erste Inserat über 30 Einschriften erhalten.

Sie können von diesem Schreiben in jeder Weise Gebrauch machen und ich danke Ihnen nochmals für Ihre freundliche Beratung in meinen Inseraten-Anglegenheiten.

Hochachtungsvoll!

Ott. Mack

Spezialbüro für die Beamtenverbände
der Vereinigten Krankenversicherungs-A. G.
(vormals Gedevag, Kosmes und Selbsthilfe)

Spezial-Büro für die Beamtenverbände
Ott. Mack, Berlin O 17, Im Glienicker U

SCHON
EIN
INSERAT

